21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Wortprotokoll
der 30. Sitzung

Ausschuss für Sport und Ehrenamt
Berlin, den 23. September 2026, 14:30 Uhr
10557 Berlin
Paul-Löbe-Haus
4 300

Vorsitz: Aydan Özoğuz, MdB

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung **Seite 6**

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 6**

Herausforderungen für den Sport auf kommunaler Ebene

Selbstbefassung SB 21(5)38

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 21**

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 – HG 2027)

BT-Drucksache 21/7300

Gutachtliche Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung

Federführend:
Haushaltsausschuss

Gutachtlich:
Innenausschuss
Ausschuss für Sport und Ehrenamt
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

a) Abschluss Einzelplan 04 (Bundeskanzleramt)

b) Abschluss Einzelplan 17 (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

c) Abschluss Einzelplan 25 (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen)

d) Abschluss Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung)

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 34**

Unterrichtung durch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag

Jahresbericht 2026
Der lange Schatten der SED-Diktatur.
Die Bewältigung der Folgen des staatlichen Unrechts in der DDR
als Gesellschaft gemeinsam gestalten.

BT-Drucksache 21/6840

Federführend:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:
Innenausschuss
Ausschuss für Sport und Ehrenamt
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Kultur und Medien

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 34**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

16. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

BT-Drucksache 20/14480

Federführend:
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitberatend:
Sportausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 34**

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

BT-Drucksache 21/7080

Federführend:
Auswärtiger Ausschuss

Mitberatend:
Ausschuss für Sport und Ehrenamt
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Tagesordnungspunkt 6 **Seite 35**

Verschiedenes

Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	**Ordentliche Mitglieder**	**Stellvertretende Mitglieder**
CDU/CSU	Auernhammer, Artur	Gutting, Olav
	Güntzler, Fritz	N.N.
	Lehmann, Jens	Müller, Florian
	Mayer (Altötting), Stephan	Orthey, Harald
	Stier, Dieter	Stetten, Christian Frhr. von
AfD	König, Jörn	Bleck, Andreas
	Korell, Thomas	Naujok, Edgar
	Schieske, Lars	Treuheit, Bastian
SPD	Coße, Jürgen	Abdi, Sanae
	Lugk, Bettina	Bettermann, Daniel
	Özoğuz, Aydan	Eichwede, Sonja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nick, Dr. Ophelia	Limburg, Helge
	Winklmann, Tina	Müller, Sascha
Die Linke	Görke, Christian	Bosch, Jorrit

Sachverständigenliste
zur Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt
am Mittwoch, 23. September 2026

Deutscher Landkreistag (DLT)
Phillip Käs
Referatsleiter Referat für Gesundheit, Dezernat Jugend, Schule, Kultur und Gesundheit

Deutscher Städtetag (DST)
Beigeordneter Burkhard Hintzsche, Vorsitzender des Fachausschusses Sport
Dr. Alex Mommert, Referent für Sportpolitik Dezernat Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)
Alexander Averhoff
Referatsleiter Bildung, Sport, Grundsicherung

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf alle ganz herzlich zur 30. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt begrüßen. Ich möchte darauf hinweisen, gleich zu Beginn, dass auch diese Sitzung live vom Parlamentsfernsehen übertragen wird und man sie dann später in der Mediathek verfolgen kann. Wir können schon mal begrüßen Herrn Dr. Spitzer vom Kanzleramt, da freuen wir uns, die Parlamentarische Staatssekretärin Sabine Poschmann vom Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und wir haben den Referatsleiter Matthias Metje dabei und wir haben Thomas Bosch dabei vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Alle übersandten Stellungnahmen wurden an die Mitglieder des Ausschusses verteilt.

Tagesordnungspunkt 1

Herausforderungen für den Sport auf kommunaler Ebene

Selbstbefassung SB 21(5)38

Die **Vorsitzende**: Ich fange jetzt mit TOP 1 schon mal an. Wir haben uns das Thema Herausforderungen für den Sport auf kommunaler Ebene auf die Tagesordnung gesetzt, denn wie wir alle wissen, zeichnet der Bund in ganz besonderem Maße für den Spitzensport verantwortlich, aber der ganz überwiegende Teil des Sports findet auf der Ebene des Breitensports statt und der findet in der Verantwortung der Länder und Kommunen wiederum statt. In Deutschland gibt es rund 86 000 Sportvereine, wie wir alle, wenn wir unterwegs sind, immer wieder auch betonen, und der DOSB nennt immerhin 29,3 Millionen Vereinsmitgliedschaften. Und ohne diesen Breitensport, und das ist uns hier eigentlich auch immer wieder wichtig zu sagen, gäbe es auch den Spitzensport nicht. Das ist schon alles sehr miteinander vernetzt, hängt sehr miteinander zusammen. Und deswegen freue ich mich jetzt sehr, dass wir heute mit sehr illustren Gästen über die Herausforderungen für den Sport auf kommunaler Ebene sprechen können. Ich kann noch dazu sagen, dass die Initiative sogar von Ihnen ausging. Sie haben uns angeschrieben, wollten mit uns eigentlich einen netten Abend hier gestalten, wie wir gerade noch mal nachgezeichnet haben. Daraus ist dann eine ordentliche Arbeitssitzung geworden, wo wir uns natürlich freuen, dass Sie jetzt als Sachverständige hier sind und da darf ich zunächst begrüßen vom Deutschen Städtetag den Vorsitzenden des Fachausschusses Sport, Stadtdirektor Burkhard Hintzsche und den Referenten für Sportpolitik Dr. Alex Mommert sowie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund den Referatsleiter Bildung, Sport, Grundsicherung Alexander Averhoff und vom Deutschen Landkreistag Referatsleiter Phillip Käs. Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Und an dieser Stelle begrüße ich natürlich jetzt auch vom Bundeskanzleramt unseren neuen, darf ich noch sagen, ist die erste reguläre Sitzung, Staatsminister Ronald Rauhe, der begleitet wird in schon bekannter Manier von Dr. Babette Kibele, auch aus dem Bundeskanzleramt. Dann können wir aber auch schon in die Eingangsstatements kommen. Wir haben für Sie jeweils fünf Minuten vorgesehen. Sie werden die Zeit auch eingeblendet sehen. Wenn Sie sich bitte so halbwegs daran halten, wäre das natürlich hilfreich. Sie haben fünf Minuten pro Institution und wir beginnen mit Herrn Hintzsche und Herrn Dr. Mommert. Wer möchte starten? Herr Hintzsche, bitte schön.

Burkhard Hintzsche (DST)**:** Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich glaube, ich kann in unser aller Namen sagen, herzlichen Dank, dass Sie die Initiative von uns aufgegriffen haben und wir heute hier zusammenkommen und wenn es heute auch kein parlamentarischer Abend wird, der kann an der Stelle noch folgen. Darauf können wir uns sicherlich verständigen. Ich darf nur darauf hinweisen, und das ist auch Bestandteil schon meines Statements, dass wir uns in den nächsten Tagen auch im Vorfeld einer großen Entscheidung befinden, nämlich der Entscheidung, wer für Deutschland ins olympische Rennen geht. Und ich will jetzt gar nichts zum Ausgang an der Stelle sagen, aber die Herausforderung beginnt dann unmittelbar auch darin, dass es nicht nur darum gehen kann, dass eine Region oder eine Stadt die Bewerbung für Deutschland führt, sondern dass es auch dann darum gehen muss, dass alle Regionen in Deutschland an der Stelle mitmachen, dass sie selber sich engagieren, dass sie hinter einer solchen Bewerbung stehen und dass sie auch sehen, dass sie davon mit profitieren können und nicht Olympia auf der einen Seite so viel Kraft zehrt,

dass der Sport im Übrigen sagen muss, der Breitensport, dass wir nicht davon profitieren. Ich glaube, das ist eine gemeinsame Aufgabe, eine gemeinsame Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Frau Vorsitzende, Sie haben Gott sei Dank eingangs schon gesagt, welche Bedeutung die kommunale Familie insgesamt für den Sport hat. Ich will das hier nur mit zwei Sätzen nochmal betonen. Wir sagen immer so schön im Sport, Fundament für den Leistungs- und Spitzensport ist der Breitensport, aber das Fundament für den Breitensport und an vielen Ecken und Enden auch für das Thema Leistungssport in den Kommunen stellen eben wir, weil wir den Hauptteil auch der Infrastruktur stellen und den Hauptteil der Liegenschaften für diese Infrastruktur. Und die Liegenschaften, die wir stellen, die sind einfach in die Jahre gekommen, haben einen relativ großen Modernisierungsbedarf, das haben Sie auch auf Bundesebene erkannt. Ich will den jetzt hier nicht beziffern, weil es dazu unterschiedliche Zahlen gibt, aber wenn wir von einem zweistelligen Milliardenbetrag in Euro ausgehen, dann liegen wir, glaube ich, an der Stelle nicht falsch und insofern ein Gedanke an der Stelle, die Kommunen insgesamt haben eben das Problem und das ist mittlerweile kein Problem einer einzelnen Kommune oder einer Kommunenregion, sondern das ist mittlerweile ein Problem in Gesamtdeutschland, dass die Kommunalfinanzen einen Schwierigkeitsgrad erreicht haben aufgrund von Entwicklungen, für die dieser Ausschuss hier nichts kann, die dieser Ausschuss auch nicht lösen wird, aber die natürlich für die freiwillige Aufgabe der Sportförderung auch Herausforderungen birgt und deswegen sind wir Ihnen sehr dankbar, dass Sie an der Stelle auch mit einem Bundesprogramm, das halten wir nicht für selbstverständlich an der Stelle, auch das Thema des Vereins des Breitensports, der Kommunen im Sport und der Bäderlandschaft im Sport mit unterstützen. Deswegen, eine Herausforderung ist sicherlich die, dass wir für dieses Thema an der Stelle auch für die Finanzkraft, die benötigt wird, auch den Bund als Säule haben müssen und wir würden es sehr begrüßen, wenn es gelänge, diese Mittel an der Stelle auch dauerhaft zu verstetigen und vielleicht ist das, was ich eingangs gesagt habe zum Thema Olympia, Nachhaltigkeit, Erfahrbarmachen für alle auch nochmal ein Thema, wie wir uns Gedanken darüber machen, dass insbesondere das, was in der Infrastruktur dann den Kindern und Jugendlichen zugutekommt, das wird in der Zeitschiene bis Olympia mal hier ausgerollt werden, kann dann auch nochmal eine Rolle spielen, ein guter Ansatzpunkt, um hier auch gemeinsam die Entwicklungslinien weiter zu ziehen. Ich danke Ihnen an der Stelle erstmal für das, was Sie bisher für den Sport gemacht haben und hoffe, dass diejenigen, die für über zwei Drittel aller Sportförderungen monetär verantwortlich sind, dass die die Chance haben, diesen Dialog, den wir heute beginnen, auch weiter fortzuführen. Ich darf daran erinnern, dass es andere Ausschüsse gibt, zum Beispiel in dem Bereich der Kultur, in der Kultur haben wir eine ähnliche Verteilung von Geld, die schon lange mit den Kommunen auch, sage ich mal, außerhalb dieser Gremienstruktur den Dialog suchen und wenn das heute der Auftakt dafür wäre, würde ich mich sehr freuen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Dann gehen wir über zum Städte- und Gemeindebund. Herr Averhoff, bitte.

Alexander Averhoff (DStGB): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, auch von mir und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund vielen Dank für die Einladung, zu diesem Thema sprechen zu dürfen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt rund 11 000 große, mittlere und kleine Kommunen in Deutschland. Die Herausforderungen im Sport auf der kommunalen Ebene sind vielfältig. Die wichtigsten Punkte werde ich versuchen in den verbliebenen vier Minuten dreißig zu skizzieren. Wie schon gesagt, besteht die heutige Sportstätten-Infrastruktur vielfach noch auf dem sogenannten Goldenen Plan, das war eine große Investitionsoffensive in den 1960er und 70er Jahren. Damals wurden fast 40 Milliarden Mark investiert und damit konnte auch damals der Bedarf für den Breitensport, wohlgemerkt im damaligen Westdeutschland, weitgehend gedeckt werden. Und diese Sportanlagen kommen nun in die Jahre und weisen einen rasant wachsenden Investitionsstau auf. Das aktuelle KfW-Kommunalpanel zeigt, der Investitionsrückstand bei Sportstätten und Bädern ist binnen eines Jahres von 15,6 auf 21,6 Milliarden Euro gestiegen. Davon sind nicht erfasst die Sportstätten, die zu Schulen gehören, also für den Schulsport. Das ist ein Plus von fast 40 Prozent im Bereich Sport innerhalb sehr

kurzer Zeit und der stärkste Anstieg aller im KfW-Kommunalpanel erfassten Infrastrukturbereiche. Jede fünfte Kommune bezeichnet ihren Rückstand im Sport mittlerweile als gravierend. Besonders ernst ist die Lage bei den Bädern. Ohne zeitnahe Sanierungen innerhalb der nächsten Jahre droht die Schließung von 14 bis 16 Prozent des Bestandes. Viele Anlagen sind technisch und baulich in die Jahre gekommen und benötigen umfassende Investitionen, unter anderem in Gebäude, Bädertechnik, Wasseraufbereitung, Lüftungs- und Heizungsanlagen sowie in die energetische Modernisierung. Wenn im ländlichen Raum ein Bad oder eine Halle schließt, ist das Angebot vor Ort oft dauerhaft verloren. Für das vom Haushaltsausschuss des Bundestages richtigerweise initiierte Programm „Deutschland lernt schwimmen“, fallen die Rückmeldungen der Kommunen entsprechend aus. Fehlende beziehungsweise überlastete Wasserflächen sind der Hauptgrund, warum Kinder nicht mehr ausreichend lernen zu schwimmen. Mittlerweile können mehr als 20 Prozent der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren nicht schwimmen. Dennoch werden von uns Ansatz und Zielsetzungen dieses Programmes begrüßt, um angesichts der vorhandenen begrenzten Möglichkeiten und Ressourcen die Schwimmfähigkeiten von Kindern und Jugendlichen zu stärken. In der Summe werden mehr als ein Drittel der Kommunen in den nächsten zwei bis drei Jahren ihr Sportangebot reduzieren müssen. Die Folgen hiervon sind regional sehr unterschiedlich. 78 Prozent aller Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern planen aktuell den Bau noch neuer Sportstätten in den kommenden Jahren. In kleineren Städten wird deutlich weniger gebaut, sodass es besonders hier zu einem Rückgang des Sportangebots kommen wird. Das Kernproblem ist die Finanzlage der Kommunen. 2025 hatten die Kommunen mit 29,4 Milliarden das höchste Defizit seit 1990. Im Vorjahr lag es bei rund 25 Milliarden Euro minus. Und auch in den kommenden Jahren ist keine Besserung in Sicht. In der versandten Stellungnahme ist auch eine Übersicht, mit der man das mit den Vorjahren vergleichen kann und das zeigt eben die Bedeutung dieses kommunalen Defizits. Vier von fünf Kommunen erwarten für dieses Jahr eine weitere Verschlechterung und dies trotz des beginnenden Mittelabflusses aus dem Sondervermögen. Angesichts des enormen Investitionsstaus von rund 230 Milliarden Euro auf der kommunalen Ebene werden die Mittel des Sondervermögens im Großteil für die großen und auch wichtigen Infrastrukturbereiche Verkehr, Schulen sowie für den Brand- und Katastrophenschutz eingesetzt. Der Sport nimmt hierbei eine nachrangige Position ein, voraussichtlich werden nur 8,8 Prozent des kommunalen Anteils hierfür eingesetzt. Denn Sport ist eben eine freiwillige Aufgabe und steht in den kommunalen Haushalten hinter den Pflichtaufgaben zurück, obgleich es unter den freiwilligen Aufgaben mehrheitlich von den Kommunen wiederum priorisiert wird. Das kann man ganz gut vergleichen, wenn man das beispielsweise mit Kulturausgaben vergleicht, dann wird Sport etwas höher gewichtet. Sofern die kommunalen Finanzen daher nicht durch höhere Einnahmen, zum Beispiel durch eine höhere Beteiligung an der Einkommens- oder Umsatzsteuer deutlich verbessert werden und dauerhaft verbessert werden, bleiben Förderprogramme der Bundesebene unverzichtbar, obwohl diese nicht ausreichend sind. Die Sportmilliarde war ein wichtiges Signal. Sie alle wissen es, 3 600 Anträge wurden eingereicht und trafen auf 333 Millionen Euro in der ersten Tranche. Das Programm war damit 21-fach überzeichnet. Für viele der Antragsteller bleibt dabei bis zuletzt unklar, nach welchen Kriterien der Haushaltsausschuss des Bundestages die endgültige Entscheidung trifft. Dies sorgt für Frust in der Verwaltung. Hier wäre mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit wünschenswert. Ein letzter Punkt, den ich nennen möchte und der in diesem Sommer besondere Dringlichkeit gewonnen hat, ist der steigende Aufwand bei Sportveranstaltungen. Es betrifft insbesondere die Anforderungen an Sicherheits- und Hitzeschutzkonzepte, denn angesichts der sehr hohen Temperaturen mussten viele Veranstaltungen dennoch und trotz guter Vorbereitung abgesagt werden, da es angesichts der sehr hohen Temperaturen nicht mehr zu verantworten war, Wettkämpfe auszutragen. Solche Entscheidungen sind richtig, sie zeigen aber, die Anforderungen und Kosten an Kommunen und Vereine wachsen, ohne dass hierfür auf der kommunalen Ebene mehr Ressourcen bereitstehen. Ich komme zum Schluss. Um attraktive Sportangebote flächendeckend anbieten zu können, den Sport für die Stadt- und Dorfgemeinschaften zu erhalten und auch den grundgesetzlichen Auftrag von gleichwertigen Lebensverhältnissen zu berücksichtigen, brauchen die Städte und Gemeinden

mehr Unterstützung für den Sport. Vielen Dank fürs Zuhören. Ich freue mich auf Ihre Fragen.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank und wir kommen noch zum Landkreistag. Herr Käs, bitte.

Phillip Käs (DLT): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Zu Beginn möchte ich mich meinen Vorrednern anschließen und auch im Namen des Landkreistages und der Landkreise mich herzlich für die Einladung bedanken. Die Aufgabe der Landkreise im Sport liegt vor allem bei den Sportstätten von weiterführenden Schulen. Zunächst, auch wenn es schon erwähnt wurde, weil es so bedeutend ist, möchte ich Ihnen noch mal vor Augen führen, vor welchem Hintergrund die Kommunen derzeit auf den Sport und die Sportförderung blicken und das sind eben die Kommunalfinanzen. Das Defizit liegt 2026 bei 29,7 Milliarden und das zweite Jahr in Folge, dass es bei knapp 30 Milliarden Euro liegt und das ohne eigenes Verschulden, sondern eigentlich durch die Bundesgesetzwirkung, vor allem im Sozialbereich. Und auch die Prognose für die folgenden Jahre sehen so aus, dass die Defizite in dieser Größenordnung bleiben und sich in einigen Jahren dann auf 120 Milliarden Euro summieren werden. Das heißt, die kommunalen Haushalte kollabieren und wie auch der Kollege vom Städtetag gesagt hat, auch in den eigentlich bisher wirtschaftlich gut dastehenden und wohlhabenden Regionen. Und wenn es hier keine grundlegende Änderung gibt, können die Kommunen schon bald nichts anderes mehr leisten als ihre reinen Pflichtaufgaben und das eigentlich auch nur unter der Aufnahme von Schulden natürlich. Und freiwillige Aufgaben fallen dann dem Rotstift zum Opfer und hier gehört eben in weiten Teilen auch der Sport dazu. Zugleich, wie auch schon erwähnt, besteht ein großer Investitionsstau und den sehen wir beispielsweise bei der hohen Überzeichnung und bei der Nachfrage nach der sogenannten Sportmilliarde, für die wir uns auch bedanken, dass die trotzdem ins Leben gerufen wurde. Insgesamt braucht es mehr und auch einfachere und unbürokratischere Förderprogramme und finanzielle Mittel. Zu den Bürokratiefragen kommen wir sicher später noch und haben wir in unserer Stellungnahme auch einiges dargelegt. Idealerweise würden wir es so sehen, ich weiß auch, haben meine Vorredner auch gesagt, dass das der Sportausschuss nicht allein entscheiden kann, aber dass wir statt dem einzelnen Förderprogramm zu einer ausreichenden kommunalen Finanzierung kommen und die Kommunen dann stärker in kommunaler Eigenentscheidungsverantwortung über die zur Verfügung stehenden Mittel entscheiden können, um die notwendigen Sportstätten zu errichten, erhalten und bei Bedarf auch ausbauen zu können. Auf zwei Punkte möchte ich noch eingehen, die dabei zu berücksichtigen sind aus unserer Sicht. Zum einen veränderte Rahmenbedingungen, als Beispiel hier der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Er wird zu einer noch höheren intensiveren Nutzung der kommunalen Sportstätten führen und diese hohe Auslastung ist grundlegend wünschenswert. Sie führt aber zu höheren Betriebs- und Instandhaltungskosten, die ohnehin in den letzten Jahren überall deutlich gestiegen sind und die überwiegend von den Kommunen getragen werden müssen. Zudem gibt es dabei einen höheren Koordinierungs- und Abstimmungsbedarf zwischen Schulen, Schulträgern, Sportvereinen und Ganztagsträgern und weiteren Nutzergruppen, die auch finanzielle und für die Kommunen personelle Aufwendungen bedeuten, die zu berücksichtigen sind. Das ist ein Thema, das gerade auch für die Landkreise relevant ist als Träger von Sportstätten, von Schulen, die aber eben auch für den Vereins- und Individualsport darüber hinaus genutzt werden. Ein wichtiges anderes Anliegen aus Sicht der Landkreise ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangssituationen in Stadt und Land, denn die Herausforderungen und Voraussetzungen unterscheiden sich teils erheblich. Während es in den Städten, zum Beispiel in Berlin, auch durch den Zuzug oft Kapazitätsengpässe und Erweiterungsbedarf gibt, ist es vor allem in ländlichen und dünn besiedelten Räumen und Landkreisen vielfach so, dass die Hauptaufgabe darin liegt, die Sportstätten überhaupt zu erhalten und auch vor allem Kindern und Jugendlichen und ehrenamtlich in Vereinen Tätigen die Sportstätten überhaupt zu erhalten. Das wird sich wohl noch verschlimmern durch den demografischen Wandel. Deswegen halten wir es für wichtig, das in den Förderprogrammen künftig noch stärker zu berücksichtigen. Soweit von mir. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank für Ihren Input. Dann können wir auch schon gleich in die Fragerunden starten. Der kurze technische

Hinweis: Wir haben zwei Fragerunden. In der ersten Runde sind unterschiedliche Zeitbudgets, je nach Stärke der Fraktion. Für Sie wäre wichtig, zu beachten, dass Fragen und Antworten innerhalb dieser Zeit sind. Also lassen Sie gern noch Raum, falls auch noch andere gefragt werden oder eben mehrere Fragen sind, damit auch andere reagieren können. Und die Obleute haben sich darauf verständigt, dass auch die Antworten der Bundesregierung eingerechnet werden, also nicht nochmal extra sind. Und dann starten wir auch schon bei der Unionsfraktion mit Stephan Mayer. Bitte schön.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich zunächst mal bei den Sachverständigen ganz herzlich bedanken. Zunächst natürlich für die Einreichung Ihrer Stellungnahmen, aber vor allem natürlich jetzt auch für Ihre Ausführungen. Die sind für uns, für unsere Arbeit von entscheidender Wichtigkeit. Die sind auch sehr instruktiv. Herzlichen Dank dafür. Der Investitionsstau in den Sportstätten in Deutschland ist mit Sicherheit gravierend. Es gibt unterschiedliche Studien, unterschiedliche Erhebungen. Ich glaube, man braucht sich da auch gar nicht gegenseitig übertreffen in den Kalkulationen. Aber es ist, glaube ich, unbestritten, dass wir mit Sicherheit deutlich im zweistelligen Milliardenbereich Sanierungs- und Modernisierungsnotwendigkeiten in den Sportstätten in Deutschland haben. Und wie Sie richtig ausgeführt haben, der überwiegende Großteil der Sportstätten ist im Eigentum der Kommunen. Und deswegen ist es auch ganz wichtig, dass wir uns zu diesem Thema mit Ihnen austauschen. Wobei ich schon anführen möchte, es gibt, kann man gut oder schlecht finden, keine unmittelbaren Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Kommunen. Und verfassungsrechtlich ist es nun mal so, wir sind als Bund im Grunde genommen nicht zuständig für Sie. Das ist zwar hart, wenn man es so formuliert, aber es ist die verfassungsrechtliche Wirklichkeit. Trotzdem sehe ich die Notwendigkeit, dass der Bund sich in dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe mit engagiert. Dass wir die Kommunen, dass wir Sie nicht allein lassen und dass wir auch die Länder nicht allein lassen. Das war uns auch sehr wichtig. Ich sage ganz offen, ich mache keinen Hehl daraus, mir wäre es lieber gewesen, wir hätten nicht nur eine Sportmilliarde, sondern wir hätten vier Sportmilliarden, also eine pro Jahr in der Legislaturperiode. Das ist dann anderswo anders entschieden worden. Aber auch selbst eine Milliarde, man muss noch die 250 Millionen für die Schwimmbäder mit dazuzählen und da findet die Sitzung gerade zu einem wunderbaren Zeitpunkt statt, vor einer Viertelstunde hat der Haushaltsausschuss, wenige Räume hier weiter, entschieden, welche Schwimmbäder zum Zug kommen bei dem 250 Millionen Euro Schwimmbäderprogramm. Also ich glaube, es wird schon deutlich, der Bund wird seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht. Jetzt gibt es manche, die sagen, es ist erwähnt worden, die erste Tranche, die ersten 333 Millionen waren 21-fach überzeichnet, macht das überhaupt Sinn? Es macht aus meiner Sicht Sinn. Und deswegen sind auch Ihre Rückmeldungen, Sie haben allesamt die Sportmilliarde gelobt, das ist wichtig für uns, sage ich ganz offen, weil es durchaus auch hier im Hohen Haus, auch in den unterschiedlichen Fraktionen, ich mache da auch keinen Hehl draus, auch in meiner Fraktion, durchaus Stimmen gibt, die sagen, naja, wir produzieren doch da am Ende mehr Enttäuschte als Glückliche, weil eben die Ablehnungen deutlich mehr sind, als die, die Zuschläge bekommen. Trotzdem bin ich der festen Überzeugung, macht dieses Programm Sinn. Und es ist auch durchaus wuchtig. 333 Millionen Euro sind allein ungefähr so viel, wie der Bund im Bundeskanzleramt im Jahr für den Spitzensport zur Verfügung stellt. Und dafür sind wir verfassungsrechtlich tatsächlich zuständig. Das ist schon eine Summe, die sich sehen lassen kann. Jetzt gibt es natürlich, wie gesagt, wie immer auch Kritik. Ich möchte Ihnen, Herr Hintzsche, ganz herzlich danken dafür, dass Sie deutlich gemacht haben, man muss dieses Sanierungsprogramm, auch in einem größeren Kontext sehen, durchaus auch im Kontext der Bewerbung für Olympische und Paralympische Sommerspiele. Und meine konkrete Frage ist die, ich habe da immer gern auch einen Ansatz, dass man verschiedene Partner mit ins Boot nimmt. Mir wäre es eigentlich am liebsten gewesen, wie gesagt, wir hätten eine Milliarde als Bund pro Jahr zur Verfügung gestellt, unter der Bedingung, dass auch die Länder ihrerseits eine Milliarde zur Verfügung stellen. Weil die Länder

von München bis Kiel und von Düsseldorf bis Dresden, die kann man immer mit einem locken, mit Geld vom Bund. Und deswegen die konkrete Frage ist, was Sie von einem, ich möchte es jetzt nicht goldenen Plan 2 oder 3 nennen, aber was Sie von einer konzertierten Aktion halten, dass wir Sport Deutschland, die Infrastruktur in Sport Deutschland gemeinsam wieder auf Vordermann bringen mit den Ländern und so einen, sage ich mal, größeren Investitionsplan ins Werk setzen, der dann auch die Länder eben, wie gesagt, mit umfasst.

Die **Vorsitzende**: Wer mag antworten? Herr Hintzsche.

Burkhard Hintzsche (DST): Ich bin jetzt unmittelbar angesprochen. Ich habe selten die Situation, dass mir so aus dem Herzen gesprochen wird, wenn ich eine Frage gestellt bekomme. Deswegen kann ich an der Stelle nur sagen, natürlich reichen wir Ihnen dazu die Hand. Und ich habe das auch deutlich gesagt. Wir erkennen an, dass der Bund in einem Bereich, der eigentlich normalerweise nicht seiner ist, an der Stelle auch uns unterstützt. Ich will nur auch auf Folgendes hinweisen. Wir sind nicht nur Träger des Breitensports, sondern wir machen auch viel im Bereich Leistungszentren, Leistungsstützpunkte. Allein in Düsseldorf haben wir 20 Bundes- und Landesleistungsstützpunkte, die wir zu über einem Drittel finanzieren. Das wollte ich an der Stelle nur einwerfen. Das gilt jetzt für jede Stadt anders. Aber Ihre konkrete Frage war, müssen wir im Rahmen unserer Finanzierung, ich sage mal ähnlich wie beim Digitalpakt, auch einen Beitrag der Länder einfordern. Da sage ich Ihnen ja, weil Sie sonst an der Stelle nur einen Pakt haben zwischen den Eigenanteilen der Vereine, den Eigenanteilen von uns und den Eigenanteilen der Vereine, die wir durch unser Handeln ersetzen, aber zunehmend nicht mehr ersetzen können. Insofern würde ich gerade vor dem Hintergrund auch des Themas Olympia, wo wir den Breitensport und das Ehrenamt im Breitensport nicht zu den Verlierern dieser Bewegung, sondern zu den Gewinnern machen müssen, wäre das eigentlich eine ideale Basis, um an der Stelle gemeinschaftlich nach vorne zu kommen.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Das bringt mich zu einem weiteren Punkt, der die Länder betrifft. Herr Averhoff, Sie haben gesagt, der Anteil aus dem Sondervermögen, den die Länder für den Sport zur Verfügung stellen, sei relativ gering. Ich sage mal, das stimmt. Und mir wäre es auch lieber, der wäre höher. Aber das liegt im Ermessen der Länder. Wir geben den Ländern unkonditioniert, sage ich ganz offen, 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen und die Länder können im Grunde genommen schalten und walten mit diesen 100 Milliarden, wie sie wollen. Und mein Eindruck ist, die Länder gehen leider sehr unterschiedlich mit der Förderung des Sports aus diesen 100 Milliarden um. Liegt aber, wie gesagt, nicht in unserem Ermessen, liegt im Ermessen der Länder. Ich darf an die Bundesregierung eine Frage richten, an die Frau Staatssekretärin Poschmann. Ich habe Ihnen vor kurzem auch geschrieben, es geht um eine Problematik, die sich in der ersten Tranche der Sportmilliarde ergeben hat. Nämlich vor allem bei Sportstätten, die im Eigentum der Vereine stehen. Antragsberechtigt sind nur die Kommunen. Sie können natürlich auch für vereinseigene Sportstätten Anträge stellen. Dann ergibt sich aber ein Problempunkt, und den halte ich wirklich für ernst zu nehmen, dass Eigenbeiträge der Vereine, und die sind selten auf Rosen gebettet, abgezogen werden von der Investitionssumme und sich somit investitionsschädlich auswirken, weil der prozentuale Fördersatz bleibt bei 45 Prozent gleich, sprich der nominale Betrag wird dann geringer, wenn der Vereinsanteil, der immer zu erbringen ist, auch entsprechend erstmal abgezogen wird. Gibt es Überlegungen, dass man hier bei der zweiten und dritten Tranche möglicherweise Veränderungen vornimmt?

Die **Vorsitzende**: Frau Poschmann, wollen Sie antworten?

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Erstmal herzlichen Dank, Herr Mayer, für diese Frage. Ich kann mich auch erinnern an den Brief. Ich glaube, wir haben den auch beantwortet. Es geht darum, dass man sagt, wie ist die Berechnung, wenn Drittmittel in den Ansatz kommen. Da war es bisher so, dass es abgezogen wurde. Auch beim SJK-Programm war das so und die Haushälter schon darüber diskutiert hatten, bei der ersten Tranche, ob es beibehalten wird oder nicht, und haben sich darauf geeinigt, dass es so beibehalten wird. Also sehe ich da auch in Zukunft keinen anderen Ansatz, es sei denn, die Haushälter würden sich da noch ändern. Man muss ehrlicherweise sagen, dadurch wird natürlich der Anteil des

Bundes verringert, wenn die Drittmittel erst abgezogen werden. Aber dessen ist sich der Haushaltsausschuss bewusst.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Okay. Finde ich schade. Das Schreiben haben Sie erst vor ein paar Tagen bekommen, keine Sorge. Ich darf Herrn Averhoff eine Frage stellen. Wir haben viele ländliche Wahlkreise mit relativ kleinen Sportvereinen oder auch kleinen Kommunen. Wie ist Ihre Erfahrung, was diese erste Tranche anbelangt, mit den Bürokratieanforderungen? Gab es Kommunen, die sich wirklich über zu hohe Bürokratieanforderungen und Regularien beschwert haben?

Alexander Averhoff (DStGB): Die Antwort ist: Ja. Es wurde weitgehend ein sehr hoher Aufwand beschrieben für die Antragstellung. Deshalb hatte ich es auch eben dargestellt, dass sich entsprechend mehr Transparenz gewünscht wird bei der Vergabe der Projekte, weil viele in der Sitzung fragen, woran hat es jetzt gelegen? Dann rufen die bei uns an und dann sind wir auch nicht wirklich sprechfähig. Wir kennen die Verfahren im Haus, aber wissen dann auch nicht genau, nach welchen Kriterien der Haushaltsausschuss entscheidet.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann geht das Fragerecht an die AfD-Fraktion. Herr König.

Abg. **Jörn König** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank, liebe Sachverständige, dass Sie die Initiative ergriffen haben und heute hier sitzen. Ich muss Ihnen sagen, Sie stellen Ihr Licht leider ein bisschen unter den Scheffel, denn Sie sind nicht für zwei Drittel der Finanzierung des Sportes verantwortlich, sondern Sie finanzieren den Sport bis zu 80 Prozent. Das sind Zahlen aus dem Kulturfinanzbericht. Leider ist es schon komisch, dass man das im Kulturfinanzbericht lesen muss. Aber ist egal. Die Verfassung und die Länder hatte Herr Mayer schon angesprochen. Es ist nämlich so, dass, wenn man den Kulturfinanzbericht liest, dass bis in die Nullerjahre die Länder noch einen Finanzierungsanteil am Gesamtsport von über 20 Prozent hatten. Das ist dann nach und nach richtig gesunken. Im Jahr 2015 waren es schon nur noch 15 Prozent. Da hatten Sie als Kommunen sogar einen Anteil von 82 Prozent. Das schwankt seitdem zwischen 15 und 17 Prozent, was die Länder dem Sport beitragen, obwohl sie laut Verfassung originär für den Sport zuständig sind. Meine Frage ist jetzt an Sie, an alle drei Verbände: Was haben Sie in der Vergangenheit getan und was planen Sie in Zukunft, um die Länder an ihre verfassungsmäßigen Aufgaben, die laut Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben, zu erinnern? Und dieselbe Frage geht auch an die Bundesregierung mit der Bemerkung, dass ich Ihrer Vorgängerin, Herr Staatsminister Rauhe, das mehrmals mitgegeben habe für die Sportministerkonferenz.

Die **Vorsitzende**: Wer möchte starten? Bitte schön.

Alexander Averhoff (DStGB): Wir sind als Verband ein Verbändeverband, das heißt wir haben Landesverbände und diese führen ihrerseits ähnliche Gespräche und sind, wie ich hier auch dargestellt habe, auf der Suche oder werben für eine dauerhafte Finanzierung. Auch auf der Ebene der Länder sind es in der Regel Förderprogramme, die von politischen Entscheidungen abhängig sind. Das ist keine dauerhafte Finanzierung. Und auch hier wünschen wir uns das. Aber es ist aktuell nicht der Fall.

Burkhard Hintzsche (DST): Die Situation in den Ländern ist sehr unterschiedlich, weil wir nicht nur Flächenländer haben, wir haben Stadtstaaten. Die Frage, was konkret im Bereich Sport über den Sportetat realisiert wird, und der Kollege hat vorher gesagt, uns drückt vor allem das Thema Schulen, wird dann zum Teil gerade, was den Sportstättenbau, den Hallenbau angeht, in ganz anderen Ressorts mitentschieden. Ich kann mir dazu kein Urteil erlauben. Ich würde jetzt auch die Anhörung hier auf Bundesebene nicht dazu nutzen, dass wir uns gemeinsam darin einig sind, dass die Länder mehr tun sollten. Das sollten sie, ja, doch, das können wir aber einmal festhalten. Ich dachte, Herr Mayer, das hätten wir vorher schon festgehalten bei dem Punkt. Ansonsten haben wir natürlich im Verfassungsgefüge eine Menge von Themenstellungen, die wir ansprechen könnten. Dafür ist das aber hier nicht der richtige Ausschuss. Ich spreche nur einen Punkt an der Stelle an. Das gesamte kommunale Finanzierungsdefizit im Jahr 2025 lag bei 32 Milliarden Euro, das ist so viel wie uns die Eingliederungshilfe kostet. Die Eingliederungshilfe ist ein Bundesleistungsgesetz, bei dem der Bund die Leistung definiert, aber im Übrigen an den Kosten so gut wie nicht beteiligt ist. Punkt.

Die **Vorsitzende**: Herr Käs, bitte.

Phillip Käs (DLT): Ich würde mich meinen Vorrednern anschließen, dass wir auch als kommunale Spitzenverbände zusammen auf die Länder zugehen und unsere Landesverbände das auch tun mit den gleichen Anliegen wie hier und dass wir uns auch in anderen Politikbereichen dafür einsetzen und kämpfen, dass die Länder dort ihrer Verantwortung nachkommen. Das bringt uns auch ein bisschen mehr Spielraum als Kommunen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Staatsminister.

StM **Ronald Rauhe** (BKAmt): Grundsätzlich sind wir als Bund natürlich daran interessiert, ein vernünftiges Gesamtfinanzierungskonzept für solche Dinge zu erstreben und zu ermitteln. Aber es bleibt natürlich im Rahmen der Zuständigkeiten. Und natürlich, das hat sowohl meine Vorgängerin getan als auch ich das tun werde, wird es Gespräche mit den Ländern bei der Sportministerkonferenz geben. Und auch da sind natürlich die Gespräche auch finanzieller Inhalte, aber auch da jeweilig auch in Bezug immer auf die jeweiligen Verantwortlichkeiten.

Die **Vorsitzende**: Und die Gespräche stehen gerade unmittelbar bevor, wie wir wissen.

Abg. **Jörn König** (AfD): Deshalb will ich auch noch mal darauf hinweisen. Im Grunde haben sich die Länder ihren Finanzierungsanteil um 30 Prozent oder ein Drittel gekürzt über die Jahre. Und das sollten diese Länder bitte rückgängig machen. Punkt.

Die **Vorsitzende**: Wollen Sie noch, Herr Korell?

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Und auch an Sie vier, vielen Dank, dass Sie da sind. Ich habe eine Frage an den Deutschen Städte- und Gemeindebund. Und zwar sind Sie der größte kommunale Spitzenverband in Deutschland und vertreten Interessen von rund 3 400 Gemeinden und Städten. Alle reden zurzeit oder immer mal wieder von Olympia in Deutschland. Meine Frage wäre angesichts dieses enormen Investitionsstau in Höhe von über 32 Milliarden Euro. Was sagen Sie zu einer Olympia-Bewerbung?

Alexander Averhoff (DStGB): Wir vertreten 11 000 Städte und Gemeinden in Deutschland. Und wir befürworten natürlich die Olympia-Bewerbung. Ich denke, es ist ein gutes Signal für mehr Sport. Sport ist in so vielerlei Hinsicht wichtig für die Gesellschaft, für die Gesundheit, für gesundes Aufwachsen von Menschen. Und wir erleben, dass gerade Großsportereignisse sehr, sehr, sehr viel Aufmerksamkeit erfahren und die ganze, gerade die junge Generation einen Lebensstil führt und ein Engagement in dem Bereich Gesundheit hat, den man damit auf jeden Fall unterstützen und wertschätzen kann.

Die **Vorsitzende**: Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion. Herr Coße, bitte.

Abg. **Jürgen Coße** (SPD): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Dass wir das heute diskutieren und ich sprechen darf, ist natürlich irgendwie ein Zufall, weil wir uns hier im Sportausschuss und Ehrenamtsausschuss befinden, ich aber auch gleichzeitig kommunalpolitischer Sprecher meiner Fraktion bin. Deswegen freue ich mich natürlich doppelt darüber. Denn es ist egal, welche Zahlen man da zum Ausdruck bringt. Sport ist in Deutschland kommunal organisiert und kommunal verankert. Und ich glaube auch, dass man festhalten kann, ohne diese kommunale Verankerung würde auch der Spitzensport schlechter dastehen. Es gibt diesen alten Begriff „ohne Breite keine Spitze“. Man müsste mal genau definieren, was man da eigentlich mit meint. Aber er trifft natürlich den Kern. Und ich gehe auch in die Richtung von Stephan Mayer, der gesagt hat, natürlich könnte im Zuge der Olympischen Spiele daraus gemacht werden, Deutschland als Sportland. Ich war übrigens sehr begeistert, als ich in Australien war, wie sportbegeistert dieses Land ist und wie Brisbane immer gesagt worden ist. Ich hatte aber gar keinen Termin zur Sportpolitik da. Aber man konnte es im Prinzip in diesem Land fühlen. Klar, ist eher mit einer Insellage, aber es ist ein relativ großes Land. Und ich finde es gut, wenn man daran arbeitet, so habe ich Stephan Mayer auch verstanden, diese Sportbegeisterung noch mal ein bisschen zu unterstützen und zu fördern. Ich glaube, das würde auch im Gesundheitsausschuss gut gesehen, wenn uns das gelänge, weil Sport nicht nur eine Wirkung hat, was jetzt die Kommunen betrifft, sondern auch für jeden persönlich, glaube ich, etwas mit Gesundheitsvorsorge, Fürsorge ist vielleicht sogar das bessere Wort, zu tun hat. Ich würde auch gerne noch was zu dem Punkt Ehrenamt sagen, weil nicht nur, weil wir es im Namen stehen haben, sondern es ist so, dass auch der größte Teil der Sportvereine ehrenamtlich

getragen wird. Wir haben zwar auch Großsportvereine im Freiburger Kreis organisiert, die haben Hauptamtliche da rumlaufen. Vielleicht noch mal eine Einschätzung von Ihnen, wie hoch da der Druck ist und wie wichtig es ist, sich auch noch darum zu kümmern. Weil das ist, glaube ich, ein Punkt, der manchmal zu kurz kommt. Dann ein zweiter Punkt, der geht Richtung der Staatssekretärin. Frau Porschmann, vielleicht könnten Sie uns auch noch mal was sagen, welche Unterstützung es von Seiten des Ministeriums gibt. Ich habe, weil ich auch in dem Ausschuss bin, in dem Bau, Wohnen, Stadtentwicklung, Kommunalausschuss. Wir sind eigentlich ein Kommunalausschuss, was die Förderung betrifft, weil gebaut wird im Prinzip nicht hier in Berlin, sondern vor Ort. Vielleicht können Sie noch mal zur Beantragung und vielleicht auch zur Vereinfachung von Förderprogrammen was sagen. Stichwort Schwimmstättenprogramm.

Dr. Alex Mommert (DST): Zum Thema Ehrenamt würde ich Ihnen dann antworten, Herr Coße. Vereinen geht es, glaube ich, insgesamt von der Mitgliederzahl her, zumindest nach unseren Informationen, nicht schlecht. Der Corona-Dip sozusagen ist überwunden worden. Und so wie ich die Zahlen interpretiere, ist man sogar schon wieder über das Vor-Corona-Niveau gekommen. Die Probleme liegen eher in der langfristigen Bindung von Ehrenamtlichen. Da haben wir jetzt einfach Generationen, die das getragen haben, die das nicht mehr werden können. Und die, ich sage jetzt mal, Bereitschaft, sich langfristig in einem Sportverein zu binden, ist in nachfolgenden Generationen einfach geringer ausgeprägt. Das heißt, wir haben auf jeden Fall dieses Ehrenamtsthema. Das ist aber ein Thema der Vereine. Wir haben viel über die Trägerschaft der Kommunen für die Sportstätten gesprochen. Jetzt gibt es aber natürlich auch Vereine, die Sportstätten haben. Die betreiben die, sind dann natürlich häufig finanziell auch wieder auf die Kommune angewiesen, logisch, weil sie ein Vereinsheim sanieren oder eine Halle, das ist entsprechend teuer und übersteigt dann oft die eigenen Möglichkeiten. Das heißt, auch da gibt es natürlich große Herausforderungen für die Vereine, die eigenen Liegenschaften zu behalten und zu sanieren. Das sind dann ähnliche Herausforderungen, wie sie sich auf der kommunalen Ebene stellen. Vielleicht in dem Zuge ganz interessant, diesen Freitag, übermorgen, wird eine aktualisierte Kooperationsvereinbarung aller drei kommunaler Spitzenverbände mit dem Deutschen Olympischen Sportbund unterzeichnet werden, die zehn gemeinsam identifizierte Herausforderungen enthält und die Basis unserer Zusammenarbeit mit dem DOSB, die sehr eng ist, bildet. Und da haben wir zehn Handlungsfelder identifiziert. Das geht um Sportinfrastruktur, Bildung, Ehrenamt, Demokratie und dem wollen wir uns in Zukunft widmen.

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Ich finde, das Ministerium gibt da eine breite Unterstützung. Wir haben einmal, gerade war schon das Thema, den Förderaufruf sehr minimiert. Es sind jetzt 13 Seiten und das ist nicht klein geschrieben. Man sieht schon, wir haben da versucht, alles rauszukriegen. Aber es gibt von der Bundeshaushaltsordnung auch bestimmte Sachen, die da rein müssen, die müssen in jeden Aufruf, deshalb sind es dann doch 13 geworden. Aber wir haben umfangreiche FAQs, was auch ein lebendes Konzept ist. Eigentlich ist da keine Frage mehr drin, die noch nicht beantwortet ist. Wenn man die liest, weiß man eigentlich, wie man vorgeht. Wir haben Infoveranstaltungen für die Kommunen. Jede Kommune kann daran teilnehmen, nehmen nicht alle, ist klar, manche kennen sich auch schon aus, aber einige doch. Und da können auch Fragen beantwortet werden. Wir haben ein Beratungsangebot, wenn der Zuschlag erteilt wurde, wenn das jetzt ausgestaltet werden muss. Der Antrag, da haben sie 1:1-Beratung, wenn sie das möchten, die Kommunen. Da finde ich schon, mehr geht nicht mehr. Und ich will jetzt noch mal sagen zur Bürokratie. Wir haben ein Pilotverfahren. Das ist noch nicht so durchgedrungen. Aber der Pilot ist die Selbstbewirtschaftung der Kommunen. Das heißt, die Kommunen bekommen auf einmal das Geld zu Anfang. Und es wird, ich habe immer gesagt, nicht jeder Bleistift abgerechnet dann zwischendurch, sondern eine Abschlussrechnung und dann ist fertig. Wir haben immer aus Spaß gesagt, schicken Sie mal ein Bild, dass das Ding steht. Das ist jetzt so ein bisschen laissez-faire. Aber ich finde, die Kommunen sagen schon, das ist wirklich toll, dass da eine Riesenbelastung auch wegfällt von uns. Und ich glaube, das muss man auch mal ein bisschen abfeiern. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit geht das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen, Frau Dr. Nick.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und auch danke für Ihre Beiträge. Sport und Sportstätte ist eben wichtig und da bleibt ja viel bei den Kommunen hängen, auch wenn Bund und Länder sich schon Mühe geben. Ich weiß auch für NRW, dass wir da einiges bereitgestellt haben. Und trotzdem gibt es zum Beispiel bei mir eine Kommune im Wahlkreis, die trotz Bund- und Länderförderung den 10-prozentigen Eigenanteil nicht aufbringen kann. Und dann sieht man, wie schwierig das ist. Und wenn man dann sagt, wir fiebern auf Samstag hin, Olympische, Paralympische Bewerbung, Ganztag, gesundes Heranwachsen, das ist so wichtig. Und die Infrastruktur ist da im Moment einfach nicht ausreichend. Das sehen wir auch an den Überzeichnungen von den Anträgen. Deswegen einmal meine Frage an Herrn Käs auch noch mal. Wie stellen Sie sich eine auskömmliche kommunale Finanzausstattung vor, anstelle vielleicht vieler Förderprogramme? Haben Sie da Ideen? Und wenn noch Zeit ist, hätte ich sonst noch eine Frage an Herrn Mommert. Aber gerne Sie, Herr Käs.

Phillip Käs (DLT): Idealerweise, wie ich in meinem Eingangsstatement schon gesagt habe, wäre es natürlich am besten, wenn die Kommunen grundlegend ausreichend finanzielle Mittel hätten. Wobei ich natürlich hier auch noch mal sagen will, da sind natürlich die Länder dann auch in der Verantwortung. Aber was jetzt hier für den Sportausschuss relevant ist, ist sicher, dass man die Förderprogramme dann so ausgestaltet, dass sie auch gut genutzt werden können, möglichst unbürokratisch sind, möglichst wenig Personalaufwand brauchen. Das ist in den Kommunen sehr wichtig, nicht nur, weil es Geld kostet, sondern weil auch Personal fehlt in Teilen.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Prima, dann vielen Dank. Und dann an Herrn Mommert. Sie werben für multifunktionale Sportanlagen und offene Sporträume. Und welche erfolgreichen Beispiele gibt es, dass solche Konzepte, Verein, aber auch Individualsport stärken können?

Dr. Alex Mommert (DST): Da gibt es viele. Ich versuche es mal, wenn Sie von Norden kommen, können Sie zum Beispiel nach Lübeck fahren, auf die Falkenwiese. Da sehen Sie eine Sportanlage, die sowohl Schulsportstätten vorhält, wo Kinder den klassischen Rundlauf, sage ich jetzt mal, machen können, wo auch ein ganz normales Fußballfeld ist, aber eben auch eine Pumptrack-Anlage, eine Beachvolleyball-Anlage, alles offen zugänglich, auch ein Kinderspielplatz mit integriert ist, sodass wir eben auch für Kleine, für die klassische Sportstätten jetzt noch nichts sind, trotzdem Bewegungsmöglichkeiten haben. Das kenne ich jetzt nur, weil ich in Lübeck gelebt habe. Aber sowas finden Sie Land auf, Land ab. Kürzlich haben wir in Frankfurt am Main getagt. Da bin ich laufen gewesen und habe die entsprechende Anlage am Main gesehen. Da haben Sie Streetball-Anlagen, BMX-Anlagen, Skate-Anlagen, sehr viel Trendsport zusammen an der attraktiven Fläche am Main. Und ehrlich gesagt, ich könnte jetzt so weitermachen, weil ich in NRW alleine schon wieder vier, fünf Beispiele… Es gibt diese Anlagen, und die zeigen einfach auch auf der Nachfrageseite, die sehen Sie fast nie leer. Das ist das, was man kommunal schaffen muss. Einen attraktiven Bewegungsraum, der für viele verschiedene Nutzer und Nutzerinnengruppen zur Verfügung steht. Jung und Alt zusammen. Dann haben wir gut geplant und gebaut.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Und das wäre dann auch Teil der Lösung, weil dann wäre es auch multifunktional und könnte von vielen genutzt werden. Das heißt auch dann, billig werden sie wahrscheinlich nicht sein, aber da sie von mehr Leuten oder von mehr Personen genutzt werden können, dann doch wieder kostengünstiger.

Dr. Alex Mommert (DST): Genau, die soziale Nachhaltigkeit ist gegeben, damit die Auslastung. Und das ist natürlich, wenn wir viel Sport für den Euro haben wollen, dann rechnen sich diese Sportanlagen natürlich am besten, weil die von morgens bis abends voll sind.

Die **Vorsitzende**: Und für die Fraktion Die Linke hat Herr Görke das Wort.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Herren, vielen Dank für diesen umfassenden Problemaufriss, den Sie uns vorher auch schriftlich und jetzt auch noch mal mit Ihren mündlichen Ausführungen verdeutlicht

haben. Der Investitionsrückstand bei Sportstätten und Bädern, der sich jetzt aufgebaut hat, der hat zugenommen von 15,6 Milliarden auf 21,6 Milliarden Aufwuchs mit der Aussage von Ihnen, wir werden das Sportangebot zurückfahren müssen. Und vor diesem Hintergrund, und wir reden ab Sonnabend dann auch über eine konkrete Bewerbungsregion oder Stadt, frage ich mich natürlich, wir sind jetzt im Jahr 2026. Wenn wir 2040 plus X uns bewerben wollen, dann müssen wir doch hier deutlich mehr machen als das, was wir derzeit hier mit Halbgaren, und da sage ich auch, dass diese 333 Millionen, über die wir jetzt reden, dann noch mal dieses Schwimmhallenprogramm, denn die zweite Tranche, die es da noch gibt, dass die in keiner Weise ausreichen werden, um überhaupt uns da aufzustellen. Und deshalb finde ich den Vorschlag des Kollegen Mayer sehr, sehr zielführend, zurückzukommen auf die damalige Aussage, mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr als Bund, und von mir aus auch von den Ländern für ein Bund-Länder-Programm noch mal aufzulegen. Und deshalb will ich auch noch mal den neuen Staatsminister fragen, Sie sind heute das erste Mal hier, und Sie werden sicherlich auf die Frage gewartet haben. Sie werden eine Roadmap haben. Wie werden Sie jetzt unter anderem auf diesen Vorschlag, aber wir sind auch gespannt auf Ihre eigenen Vorschläge, jetzt eine Roadmap uns vielleicht mal in Umrissen darstellen, um infrastrukturell olympiatauglich zu werden. Und letzte Bemerkung. Sie haben gefragt, nach welchen Kriterien hier diese erste Tranche, 333 Millionen, vergeben worden ist. Ich sage Ihnen mal, jedes Kabinettsmitglied der Bundesregierung, das einen Wahlkreis hatte, wurde mit einem opulenten Förderbescheid bedacht. Das war das erste Kriterium. Zweitens, und der Haushaltsausschuss, das ist jetzt das Problem, der Haushaltsausschuss ist derjenige, der mit Koalitionsmehrheit entscheidet. Und nun wissen Sie auch, wie transparent dieses Verfahren ist. Das nur noch mal als kleiner Hinweis.

Die **Vorsitzende**: Ich glaube, 17 Sekunden werden jetzt nicht für eine lange Antwort reichen. Wollen Sie schon zwei, drei Sätze sagen?

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Dann verzichte ich jetzt.

Die **Vorsitzende**: Okay, er verzichtet, dann machen wir das gleich in der zweiten Runde. Können wir die 17 Sekunden nutzen, weil Frau Poschmann mir eben so ein Signal gab, sie könne noch was Hilfreiches zu der Antwort eben beitragen, dann nehmen wir doch das noch mal eben vor.

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Ja, zu dem Eigenmittelanteil, wenn der fehlt. Der Eigenmittelanteil ist ersetzbar diesmal durch die LuKIFG-Mittel. Die Kommune braucht keinen Eigenanteil zahlen, wenn sie die LuKIFG -Mittel vom Land dann da einsetzt. Denn wir haben gesagt, das ist das erste Mal, dass man diesen Eigenanteil ganz ersetzen kann, weil wir gesagt haben, die LuKIFG -Mittel kann man nicht auseinander friemeln wieder, was jetzt wer gegeben hat. Das nur noch mal so als Tipp. Und die Schulen dürfen übrigens auch finanziert werden, wenn sie öffentlich sind. Auch das ist geöffnet.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Zu 100 Prozent? Nur die Frage, denn ich hatte immer gedacht, den Rest, okay.

Die **Vorsitzende**: Wunderbar, dann haben wir noch was gelöst. Dann kommen wir auch schon in die zweite Runde. Das ist jetzt eine kürzere Fragerunde, auch wieder inklusiv aller Antworten, bitte ich zu bedenken. Wir beginnen bei der Union mit Stephan Mayer, bitte schön.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte nochmal anknüpfen an meine letzte Frage und auch nochmal die Frage an den Herrn Averhoff richten. Sie haben jetzt gesagt, naja, die Transparenz war zu gering für manche Kommunen, was die Auswahl der Projekte anbelangt. Ich möchte nochmal einen Schritt weiter vorgehen. Ich habe zum Beispiel auch selber Kommunen im Wahlkreis gehabt. Ich habe dann gefragt, Mensch, warum seid ihr nicht zur Auswahl gestanden? Die haben zum Beispiel vergessen, den Gemeinderats- oder den Stadtratsbeschluss hochzuladen. Sag ich mal ganz offen, sollte jetzt einer Kommune, egal in welcher Größenordnung, eigentlich nicht passieren. Aber um nochmal, weil ich glaube, nichts ist so gut, als dass es nie noch besser werden könnte, und das interessiert mich wirklich brennend, aber können auch gerne die anderen auch mit dazu beitragen. Was kann entbürokratisiert oder dereguliert werden am Antragsverfahren? Nicht am Entscheidungsverfahren, Stichwort aus ihrer Sicht fehlende

Transparenz, sondern im Antragsverfahren. Was kann da tatsächlich noch leichter gemacht werden?

Alexander Averhoff (DStGB): Meine Anmerkung bezog sich aber auf das Entscheidungsverfahren. Zum Antragsverfahren hatten wir jetzt nicht diese kritischen Rückmeldungen. Es ging eher um die Entscheidung und an dem Tag war ich bei der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, also Personen, die sehr betroffen waren, und die haben eben aus Social-Media-Beiträgen von Abgeordneten erfahren, dass ihre Sporthalle saniert wird oder nicht. Und das kam dort eben nicht gut an, sondern man hätte sich da eine offizielle Bestätigung an die Bürgermeister in dem Fall gewünscht, um das auch nicht durch Dritte zu erfahren, sondern früh dabei zu sein. Und wie gesagt, die Kriterien, die da final zur Entscheidung beitragen, sind dann weitgehend intransparent oder nicht bekannt.

Burkhard Hintzsche (DST): Ich würde das gerne nochmal verstärken, auch wenn ich nicht gefragt worden bin. Sie müssen eben sehen, wir müssen vor Ort Ratsbeschlüsse fassen. Und Ratsbeschlüsse bedeutet, da muss eine bestimmte Leistungsphase durchlaufen sein. Und Sie müssen im Prinzip, Sie machen den politischen Willen deutlich, etwas zu realisieren, ohne dass Sie auf der anderen Seite wissen, ob es matcht. Und dann wollen Sie zumindest danach wissen, was hat hier gefehlt, um beim nächsten Bewerbungsverfahren etwas richtig zu machen und etwas Falsches zu unterlassen. Das können Sie bei dem Verfahren, so wie das gewählt wird, an der Stelle nicht machen. Ich bin immer für Entbürokratisierung, ich will aber auch deutlich dazu sagen, Kommunen verlangen auch von Vereinen bei Anträgen eine ganze Menge, was der Bund auch verlangt an der Stelle. Und es ist gerade auch dargestellt worden, dass man beim Thema Erleichterung einen Schritt vorangeht. Da kann man noch weiterarbeiten, da ist der Bund auch bereit. Aber das Thema Transparenz ist für mich eigentlich das Kernthema, weil, wenn ich einen Beschluss so weit vorantrage, das wissen Sie, da erwecken Sie Erwartungen bei Politik und bei Vereinen, für die Sie nachher nicht geradestehen können.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Ich verstehe die Beschwer, ich sage das ganz offen, ich bin selbst seit über 30 Jahren Kreisrat, Stadtrat und kenne die Befindlichkeiten der Kommunen. Man muss nur dazu sagen, die Liste, aus denen der Haushaltsausschuss dann endgültig entscheidet, besteht aus Projekten, die vom Grundsatz her förderfähig sind. Da stellt sich dann nicht die Frage, was hat gefehlt oder warum war unser Konzept nicht gut genug, sondern am Schluss kann leider nicht jeder zum Zug kommen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit geht das Fragerecht wieder an die AfD-Fraktion, und zwar an Herrn König.

Abg. **Jörn König** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. In der ersten Förderrunde wurden eben halt 314 Projekte ausgewählt und auch vergeben. Herr Görke hat schon mal eine Vermutung geäußert, wie die Kriterien gewesen sein könnten. Wir haben mal eine konkrete Frage. Für die zweite Förderrunde wollen wir wissen, wie das Verhältnis zwischen Stadt und Land ist, der Bewerbungen. Können Sie uns sagen, wie viele Interessenbekundungen aus dem städtischen oder aus dem ländlichen Bereich kommen? Und für die erste Runde wollen wir mal ganz gerne wissen, nach welchen Kriterien der Haushaltsausschuss die 314 Projekte ausgewählt hat? Und nach welchen Kriterien jetzt in dieser Schwimmbadrunde durch den Haushaltsausschuss im September für die Sanierung der Schwimmbäder ausgesucht werden? Frau Poschmann, Ihr Ministerium hat das Programm unter seinen Fittichen.

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Wir haben mal ausgerechnet, dass bei der Verteilung auf Großstadt und Klein-, Mittelstädte die Großstädte in der Minderheit sind. Es ist schon so. Deshalb ist auch so die Geschichte, schaffen das kleine Städte nicht, doch die schaffen das sehr wohl. Der Anteil ist sehr hoch, der Klein- und Mittelstädte, auch der kleinen Gemeinden, sodass wir sagen können, das ist jetzt nicht das Problem, die Beantragung durchzuführen. Und ich habe sogar mal ausgerechnet, Ost-West ist zufällig genau nach Einwohneraufteilung. Fünfzehn Prozent im Grunde sind auch so beantragt worden, sodass das im Schnitt passt. Aber wir haben uns selbst gewundert, dass so viele Kleinstädte auch beantragen.

Abg. **Jörn König** (AfD): Können Sie eine konkrete Prozentzahl sagen? Denn Sie sagen jetzt Minderheit, können immer 30 sein, können aber auch 45 sein.

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Großstadt ist 10 Prozent, Mittelstadt 28 Prozent, größere Kleinstädte sind 19 Prozent, eine Landgemeinde 30 Prozent und kleine Städte nochmal 12 Prozent. Großstadt ist 10 Prozent. Für die Städte sagen sie dann nein, ist nicht so toll. Aber für die Klein- und Mittelstädte ist es schon auch eine gute Sache.

Abg. **Jörn König** (AfD): So und jetzt noch die Kriterien für die Vergabe des Schwimmbadprogramms. Was muss man als Schwimmbad alles erfüllen, damit man gefördert wird?

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Das ist eigentlich immer das gleiche. Sie müssen energieeffizient sein, Sie müssen Barrierefreiheit haben und es muss halt sich um eine Sanierung, nicht um einen Neubau handeln, wobei wir auch Ersatzbauten, wenn ein Gutachten vorliegt, dass das wirtschaftlich besser wäre abzureißen und einen Ersatzbau zu errichten, dann gilt auch das. Von daher wird das dann halt von uns beurteilt und dann bekommt es der Haushaltsausschuss und der Haushaltsausschuss guckt, ich sag mal über alle, so hat er es zumindest gesagt, das ist jetzt nicht unser Part, aber guckt über alle Tranchen. Es kommt jetzt die zweite Tranche im Oktober und dann wird im nächsten Jahr die dritte kommen. Wir kommen natürlich über die Milliarde, das finde ich auch wirklich ganz toll und die gucken natürlich, dass über alle Tranchen im Grunde jede Stadt berücksichtigt wird nach Möglichkeit, aber da wir natürlich jetzt in den ersten Tranchen nicht jede Stadt berücksichtigen können, das rechnet sich schon, rein rechnerisch passt es nicht, wird sich das vielleicht nachher geben und ansonsten muss unser Haushaltsausschuss noch mal fragen, das erschließt sich uns dann auch nicht, es sind unterschiedliche Bedarfe, die dann so von den Haushältern angemeldet werden, aber ich muss nochmal einmal widersprechen, nur kurz, dass die Kommunen nicht Bescheid bekommen, das ist nicht so, die brauchen das nicht über das Internet erfahren, es geht heute über das Internet raus digital, welche Stadt berücksichtigt ist, aber es bekommt auch jede Stadt einen Brief mit einer Ansprechadresse und wir machen es jetzt auch so, dass wir auch die Gründe für eine Ablehnung bekannt geben. Wenn das der Haushaltsausschuss macht, das können wir natürlich nicht, aber wenn zum Beispiel bestimmte Belege fehlen und sie schon nicht förderwürdig sind, dann kriegen sie das jetzt einzeln mitgeteilt. Wir bemühen uns auch um mehr Transparenz.

Die **Vorsitzende**: Ich glaube, das war jetzt schon nochmal informativ, dann gehen wir jetzt zur SPD-Fraktion, Herr Coße.

Abg. **Jürgen Coße** (SPD): Ich habe eben gesagt, ohne Breite keine Spitze, es gibt noch so einen anderen Punkt, den ich vielleicht da mal ansprechen will, wir reden viel über freiwillige Leistungen, auch da muss man sich mal überlegen, was sind das denn genau, ist eine freiwillige Leistung. Wenn eine Kommune zum Beispiel eine vertragliche Pflicht mit einem Sportverein über fünf Jahre eingegangen ist, kann man nicht auf die Idee kommen, zu sagen, das ist eine freiwillige Leistung und in diesem Haushaltsjahr müssen wir es kürzen. Vielleicht können Sie da auch nochmal gleich was zu sagen, weil ich bin selbst sehr lange in der Kommunalpolitik und kriege dann auch immer den Hinweis, wir haben wieder eine Liste von freiwilligen Leistungen gekriegt und ob da überhaupt so viel Einsparpotenzial liegt, habe ich eh schon immer meine Zweifel gehabt. Ich sage dann immer, guckt da nicht hin, vielleicht können Sie da noch was zu sagen. Und das andere, das ist vielleicht auch ein bisschen, das sind wir vielleicht auch hier in unserem Land, wir finden immer ein Haar in der Suppe. Wir machen da was und das ist zu wenig, aber das ist nicht deswegen zu wenig, weil wir nicht die Notwendigkeit erkannt haben, sondern weil es zwei unterschiedliche Ebenen gibt, die zu berücksichtigen sind. Erstmal, wie sieht die eigene Haushaltslage aus und zweitens die Frage der Zuständigkeit und deswegen wäre meine Bitte eigentlich eher, weil das mit den klebrigen Finger, die durchaus Landesfinanzminister haben könnten oder haben, durchaus eine Beschreibung ist, die ich zumindest teile, dass alle Ebenen sich an einen Tisch setzen und nicht nur die Länder glauben, sie sind die Vertreter der Kommunen, sondern dass die drei Ebenen sich wirklich ernsthaft zusammensetzen und sagen, Leute, das ist doch im Prinzip eine Sache, die im ureigensten Interesse von allen Ebenen ist, zu sagen, wir gewährleisten eine gute Infrastruktur für Sport und daraus resultiert eine logische Frage. Wenn wir das machen, weiß ich aus meinem Umfeld, dass es natürlich auch Kommunen gibt, die die Anträge stellen würden, aber auch die Frage von Betreiberkosten und Betriebskosten, das ist auch eben erwähnt worden,

auch nochmal in dem gleichen Atemzug beschreiben. Wir haben von Schwimmbädern gesprochen, die geschlossen werden. Ich sage mal, Stichwort Eissporthallen gehören da sicherlich auch zu. Haben Sie da mal darüber nachgedacht, wie man damit umgehen soll? Ich würde mal fragen, wir machen es aus Städte- und Gemeindebund und Landkreistag. Da habe ich es ein bisschen eingeschränkt. Ich komme vom Dorf.

Phillip Käs (DLT): Ich bin nicht sicher, ob ich den letzten Teil der Frage verstanden habe. Zu der Frage, ob alle an den Tisch sollen, würde ich auf jeden Fall auch, denke ich, im Namen meines Kollegen zustimmen. Dazu sind wir auch sicher bereit und würden das als positiv ansehen.

Burkhard Hintzsche (DST): Aber zu der ersten Frage wollte ich doch was sagen. Wir geben den Vereinen Flächen. Nutzungsüberlassung, Gebrauchsüberlassung, Erbbaurecht, was auch immer. Das ist jetzt nicht gefährdet durch eine kommunale Haushaltskrise. Den nehmen wir die Flächen nicht weg. Aber das, was auf der Fläche passiert, hat den Sanierungsbedarf, über den wir heute schon mehrfach gesprochen haben. Da kann eine Kommune, die kein Geld hat, auch nicht sagen, ich mache was. Damit verliert der Verein seine Spielstätte an der Stelle, egal in welcher Sportart er aktiv ist. Das ist das Kernthema, weswegen wir heute auch hier sind, aber gemeinsam hier sind, um daraus etwas zu machen.

Die **Vorsitzende**: Dann geht das Fragerecht wieder an Bündnis 90/Die Grünen. Frau Dr. Nick.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. Eine Frage, ich weiß es nicht, wer das beantworten kann oder vielleicht auch mehrere, das Thema Antragsverfahren. Ob Sie sagen, das war unkompliziert oder ob Sie sich da noch mal Verbesserungen wünschen. Es haben einige genutzt, wenn wir das sehen, wie es auch überzeichnet ist. Das wäre die eine Frage und die andere Frage auch noch mal der offene Ganztag. Was bedeutet das eigentlich an Herausforderungen auch für die Sportinfrastruktur?

Burkhard Hintzsche (DST): Ich kann was zum Ganztag sagen. Das sehen die Kollegen an der Stelle anders. Ich sage mal, für die Großstädte bietet der Ganztag in der Kombination von Schule, Jugendhilfe und Sport auch enorme Chancen. Und wir haben das bei uns selbst erlebt. Wir haben den Stadtsportbund als Partner im Ganztag und haben darüber die Zugehörigkeit zu den Vereinen hochgetrieben. Natürlich haben wir eine stärkere Nutzung, wenn mehr am Nachmittag auch Sportanlagen genutzt werden. Insofern haben wir auch mehr Abschreibung und mehr Sanierungsbedarf in der Zukunft. Da ist die These richtig. Aber ich würde der These oder der Notwendigkeit, dass automatisch der Ganztag zulasten des Sports geht, würde ich entschieden widersprechen. Und ich würde großstädtisch sogar sagen, wenn ich die Vereine mit einbinde, beim Thema Ganztag, habe ich auch noch mal andere Fördermöglichkeiten. An Schulstandorten muss ich im Ganztag in Mensen investieren. Die Vereine haben das große Problem, sie müssen ihre Übungsleiter refinanzieren und sie haben das Thema ihre nicht sportbezogene Infrastruktur. Da muss man auch was machen. Und da kann man durchaus etwas Sinnvolles an der Stelle entwickeln. Aber am Ende des Tages bleibt es immer so, die Last auf der Infrastruktur nimmt natürlich ständig zu. Und damit ist das Thema der nicht vorhandenen Sanierungsmittel dann wieder ein gesamtstädtisches kommunales Thema.

Dr. Alex Mommert (DST): Zum Thema Antragsverfahren wurde eben schon gesagt, dass das Antragsverfahren selbst bei SKS gar nicht so das Problem ist. Diese Projektskizzen sind relativ kompakt gehalten, können digital eingereicht werden. Da habe ich zumindest jetzt im Verband nicht gehört, dass das eine Hürde darstellt. Die Hürden wurden aber schon angesprochen. Das ist der Ratsbeschluss. In manchen Bundesländern kam der Aufruf dann auch so getimt, dass die Räte sich teilweise noch gar nicht konstituiert hatten. Das heißt, man muss dann wirklich aufs Gaspedal drücken, um mit seinem Projekt noch rechtzeitig in den Rat zu kommen. Die Eigenanteile natürlich dafür dann entsprechend auch zu hinterlegen. Und das alles zeigt eigentlich auf, ich glaube kommunal, man bräuchte Planungssicherheit. Wenn man wüsste, dass das Programm Jahr für Jahr fortgesetzt wird, dann ist das, was Herr Mayer vorhin gesagt hat, wir haben eine 21-fache Überzeichnung. Das heißt, für jeden Gewinner produziere ich ungleich mehr Verlierer. Also das ganze Antragsverfahren durchlaufen mit Ratsbeschluss, aber nichts rauskriegen. Wenn das jetzt aber Jahr für Jahr weitergeht, dann ist das kein Problem mehr, weil irgendwann werden auch die zu Gewinnern. Diese Planungssicherheit, die gelte es, glaube ich,

herzustellen, das wäre ein ganz großes Pfund für die Kommunalebene.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Und damit kommen wir schon zur Fraktion Die Linke erneut. Christian Görke, bitte.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Die Frage ist daran gerichtet. Er hat auch Zeit, das jetzt umfassender zu entwerfen. Und jetzt sind wir gespannt.

Die **Vorsitzende**: Ich erlaube mir mal den Hinweis, dass die Herren sich, glaube ich, auch schon länger kennen. Das wurde hier schon einmal angedeutet. Von daher, viel Freude.

StM **Ronald Rauhe** (BKAmt): Wir kennen uns schon länger und ich habe mich natürlich auch im Vorfeld schon auf die Frage gefreut, lieber Herr Görke, die kommen wird. Ich bin natürlich positiv begeistert, dass Sie sich so interessieren für meine persönliche Roadmap. Ich glaube, darum geht es auch, herauszufinden, wie ticke ich und wie werde ich in Zukunft mein Amt ausfüllen. Aber vor allen Dingen jetzt in diesem Themenbereich zu bleiben, kann ich Ihnen auch da folgende Antwort geben. Wir werden natürlich im Rahmen der vorliegenden Haushaltsmittel agieren. Und wenn ich auf eine lange Liste zurückschauen darf, und das werden Sie auch wissen, finanzieren wir aktuell eine wirklich lange Vielzahl von Infrastrukturprojekten. Natürlich gehört es ab einem bestimmten Zeitpunkt, und den haben wir heute schon oft gehört, nämlich ab nächstem Samstag auch zu unseren Aufgaben, wenn wir genau wissen, mit welchem Bewerber wir Richtung Bewerbung IOC, Olympische Spiele gehen werden, dass wir dann natürlich auch eine Roadmap, so wie Sie es benannt haben, ausarbeiten müssen. Aber die wird wirklich auch in einem Zusammenhang, in einem engen Zusammenhang mit der Bewerberstadt, die am Samstag gewählt wird, durch den Sport in Zusammenhang stehen. Und daher ist es aktuell vielleicht ein Schritt zu früh, und am Samstag wissen wir danach dann schon mehr.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Vielen Dank. Es gibt die Aussage des Bundesfinanzministers, der Bundesregierung, eine Olympia-Garantie, eine Finanzierungsgarantie auszusprechen. Das ist eine gewaltige Zusicherung. Ich gehe davon aus, dass Sie die offene Tür schon beschritten haben und gegebenenfalls auch mit dem Bundesfinanzminister darüber geredet haben. Denn wenn am Sonnabend die Entscheidung gefällt wird, wird natürlich auch die Frage sein, wie werden wir diese Bewerberstadt nicht nur mit den jetzt im Haushalt sechs Millionen Euro als Anschubfinanzierung befindlichen Mitteln eben finanzieren.

StM **Ronald Rauhe** (BKAmt): Auch da kann ich in meiner kurzen Amtszeit schon von berichten, dass es da aktuell wirklich einen regen und guten Austausch mit dem Finanzministerium gibt und auch die Signale genau dahin gehen, die wir uns alle wünschen, nämlich, dass diese Zusicherung auch besteht.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Ich würde gern an die Vertreter des Städte- und Gemeindebund und des Landkreistags noch mal eine Frage richten. Es geht nochmal um die Frage des Ehrenamtes und es ist so, dass wir festgestellt haben, dass je reifer die Jahrgänge sind, die Bereitschaft, sich im Ehrenamt auch in der Kommune zu engagieren, zunimmt und je jünger man ist, desto geringer ist die Bereitschaft und das ist eine Tendenz, die natürlich nicht so schön ist und deshalb wollte ich fragen, welche Ursachen Sie da sehen und was kann man im Zusammenhang auch mit dem Thema Sport vor Ort dann vielleicht noch mal mobilisieren, um da ein doch ausgewogenes Verhältnis zu erreichen? Vielleicht kann einer von Ihnen diese Frage beantworten.

Alexander Averhoff (DStGB): Ja, da kann ich mich letztlich den Ausführungen von Herrn Dr. Mommert anschließen. Der demografische Wandel macht sich eben auch dort bemerkbar und die Vereine müssen jetzt eben auch mehr junge Leute erreichen. Nach Gesprächen, die ich geführt habe, ist dabei auch wichtig, darauf einzugehen, dass junge Leute oft auch mal den Wohnort wechseln und auch die muss man, auch Studenten beispielsweise, kann man für das Vereinsleben gewinnen, auch für kurze Zeit. Ich glaube, da ist noch ein kleiner Strukturumbruch, aber das sehe ich dann eher bei den Vereinen. Da bin ich jetzt als kommunaler Vertreter nicht primär adressiert, aber wenn es darum geht, das Ehrenamt attraktiver zu gestalten, könnte man die Übungsleiterpauschale anheben. Das ist natürlich auch ein kleiner Nudge, um eben junge Leute auch da für die Arbeit zu gewinnen.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Damit sind wir schon am Ende unserer Runden, so schnell geht das manchmal. Wir möchten uns ganz, ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie gekommen sind, dass wir diesen Austausch führen konnten und mal sehen, Sie planen schon weiter, was sich dann vielleicht noch in Zukunft ergibt, aber in jedem Fall hoffentlich eine gute Zusammenarbeit und Ihnen alles Gute. Wir geben Ihnen jetzt ganz kurz Zeit, Ihre Sachen zu packen und würden dann mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans weitermachen und würden auch hier vorne gleich einen kurzen Wechsel vornehmen.

Vorsitzwechsel zum stellv. Vorsitzenden Abg. ***Jens Lehmann*** *(CDU/CSU)*

Tagesordnungspunkt 2

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 – HG 2027)

BT-Drucksache 21/7300

Gutachtliche Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung

Der **stellv. Vorsitzende**: Guten Tag auch von meiner Seite und wir setzen fort mit TOP 2, und zwar beraten wir gutachtlich den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 auf Bundestagsdrucksache 21/7300. Hierzu wurden die Übersicht Bundesmittel der unmittelbaren und mittelbaren Förderung des Sports in den Haushaltsjahren 2023 bis 2027 als Ausschussdrucksache 21(5)129 verteilt. Uns liegen insgesamt 25 Änderungsanträge vor zu den heute zu beratenden Einzelplänen. Die Obleute haben beschlossen, die einzelnen Abstimmungen zu allen Änderungsanträgen und die gutachtlichen Stellungnahmen an den Haushaltsausschuss komplett an das Ende des Tagesordnungspunktes zu legen.

a) Abschluss Einzelplan 04 (Bundeskanzleramt)

Der **stellv. Vorsitzende**: Wir beginnen mit 2a, Abschluss Einzelplan 04 Bundeskanzleramt. Hierzu wurde uns das Schwerpunktepapier als Ausschussdrucksache 21(5)131 verteilt. Die Anberatung des Einzelplans, der unser Kernsporthaushalt ist, haben wir in der Sondersitzung am 11. September vorgenommen. Das entsprechende Protokoll wurde als Vorabfassung verteilt. Zum Einzelplan 04 liegen uns 16 Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor, sechs Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke. Die Obleute haben sich darauf geeinigt, auf eine erneute Einführung der Bundesregierung zu verzichten. Sollte die Bundesregierung dennoch das Wort ergreifen wollen, wäre jetzt die Möglichkeit. Das ist nicht der Fall. Für die Vorstellung der Änderungsanträge, Statements der Fraktionen und so weiter stehen den Fraktionen jeweils drei Minuten zur Verfügung. Die Antwortzeit der Bundesregierung wird wie eben mit angerechnet. Wir beginnen mit der Unionsfraktion und mit dem Kollegen Mayer.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte aufgrund der Kürze der Zeit nicht auf jeden der Änderungsanträge eingehen. Nur so viel dazu. Es ist auch nicht so verwunderlich. Wir als CDU/CSU-Fraktion werden diesen Änderungsanträgen nicht zustimmen. Jetzt nicht, weil wir nicht der Meinung sind, dass an der einen oder anderen Stelle der Sporthaushalt noch mal deutlich einen Aufwuchs erfahren sollte. Ich kann da auch 1:1 verweisen auf meine Ausführungen von vor zwei Wochen in der Sondersitzung in der letzten Sitzungswoche. Der Sporthaushalt, und dann noch mal ein Dankeschön an die Bundesregierung, ist sehr gut. Das ist der höchste Entwurf der Bundesregierung aller Zeiten. Das ist in der heutigen Zeit mit angespannter Haushaltslage alles andere als selbstverständlich. Aber wir sind Sportler, wir sind ehrgeizig und nichts ist so gut als, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Ich habe auch schon in der letzten Sitzungswoche darauf hingewiesen, an einigen Stellen ist dieser Sporthaushalt noch deutlich verbesserungsbedürftig, wenn man nicht sehenden Auges riskieren will, dass es zu Qualitätsverlusten kommt. Da meine ich vor allem die beiden Institute FES und IAT. Ich bin der festen Überzeugung, wenn hier kein Aufwuchs, mindestens in der Größenordnung von 2,5 Millionen Euro kommt, dann wird es qualitative Einbußen in diesen beiden Instituten unweigerlich geben. Genauso bin ich

auch der Auffassung, wir müssen die unmittelbare Athletenförderung weiter ausbauen und erhöhen und um wirklich auch die Traineroffensive zu einer richtigen Traineroffensive zu machen, auch noch die Vergütung des Leistungssportpersonals verbessern. Erlauben Sie mir nur ein, zwei Hinweise, damit gehe ich doch auf den einen oder anderen Änderungsantrag ein. Was bei der AfD schon auffallend ist, Sie geben immer vor, die großen Vorreiter und die großen Fürsprecher für den Sport zu sein, wollen dann aber beispielsweise der Stiftung Engagement Ehrenamt komplett die Förderung entziehen, von 20 Millionen auf null. Sie würden wirklich hier etliche kleine Vereine ins Mark treffen. Aus meiner Sicht macht die Stiftung eine außerordentlich herausragende Arbeit, unbürokratisch, genau das, was Sie immer einfordern, hemdsärmelig, mit wenig Regularien. Gerade im Mikroförderbereich 2 500 Euro bekommt man eigentlich ohne oder mit einem einseitigen Antrag. Und diese Förderung wollen Sie von 20 Millionen auf null zurückführen. Das ist nur mal so ein Beispiel. Und noch ein zweites, kurzes Beispiel. Wir haben uns für die Unabhängigkeit der Sportagentur stark gemacht. Sie wollen in Ihrem Änderungsantrag dem neuen Vorstand der Sportagentur insoweit Fesseln anlegen, als dass Sie sagen, es dürfen keine Olympiastützpunkte reduziert werden, es dürfen keine Bundesstützpunkte reduziert werden. Wenn wir wirklich ernst machen mit der Unabhängigkeit der Sportagentur, des neuen Vorstandes, dann wäre es kontraproduktiv, genau solche Restriktionen und solche Handschellen von vornherein dem Vorstand wieder an die Hand zu geben.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Mayer, jetzt bekommt die AfD die drei Minuten. Herr König, bitte.

Abg. **Jörn König** (AfD): Ach, Herr Mayer. Ich finde es lustig, wenn Sie sagen, dass wir…wir wollen garantieren ein Mindestmaß an sportlicher Ausstattung und wenn Sie das als Handschellen charakterisieren, ist schon interessant. Natürlich hat die Sportagentur alle Möglichkeiten, Politik zu machen, aber eben dafür, dass wir mehr Sport bekommen und nicht weniger. Das ist für uns ein Anliegen und wir wollen da einen Grund und Boden einziehen, weil, ich sage mal, noch weniger Sport und Spitzensport, als wir jetzt schon machen, ich darf Sie daran erinnern, Sie nennen es den größten Sporthaushalt aller Zeiten. Wir nennen es, es ist in der Größenordnung wie Radwege in Peru, mit denen wir eigentlich gar nichts zu tun haben. Tut mir leid, diese Einlassung finden wir nicht so richtig angemessen. Wir haben aber eine Frage zum Einzelplan 04. Und zwar geht es da auch wieder mal um Sportstättenbau, Sportstätten für den Hochleistungssport, Punkt 1.2.17. Da wird um 10 Millionen Euro gekürzt. Die Frage ist halt, warum. Und dann haben wir noch Punkt 3, Auswärtiges Amt, geht es um die Förderung von Sportbeziehungen, einschließlich Sachspenden. Der ganze Etat ist in den letzten Jahren von 2023 von 3,5 Millionen Euro auf jetzt 1,4 Millionen Euro zurückgefahren worden. Die Frage, die dahintersteht, sind jetzt die Sportbeziehungen nicht mehr so wichtig oder gibt es dafür einen anderen Sachgrund?

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir sind beim Bundeskanzleramt. An wen ist jetzt die Frage konkret gerichtet? Frau Dr. Kibele.

Dr. Babette Kibele (BKAmt): Wir hatten es beim letzten Mal auch schon berichtet. Wir mussten aus den investiven Mitteln tatsächlich ein bisschen umschichten. Da gehören auch die Mittel zu, die Sie angesprochen haben. Unter anderem, um das uns auch wichtige Programm „Deutschland lernt Schwimmen“ auszufinanzieren. Wir haben die fünf Millionen als frisches Geld bekommen, aber nur für die erste Jahrestranche. Und da es drei Tranchen, beziehungsweise insgesamt vier Tranchen gibt, die es zu finanzieren gibt, mussten wir da intern ein bisschen umschichten und sind mit den Ländern in einem guten Austausch, was sie bauen, was die Investitionsmittel anbelangt und machen das deshalb, weil wir wissen, dass manche Projekte einfach auf der Länderebene im Bau noch ein bisschen länger brauchen, sodass wir da hoffentlich keinen zu großen Malus erreichen, aber damit anderen Projekten helfen im Haushalt.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Haben Sie weitere Fragen? Nein. Kommen wir nun zum Statement der SPD, Kollegin Lugk, bitte.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Vielen Dank. Ich möchte jetzt nicht alles vortragen, was ich in der vergangenen Sitzung schon vorgetragen habe. Kollege Mayer hat schon die Eckpunkte auch nochmal betont und dargelegt. Als Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker können wir uns, glaube

ich, vieles mehr vorstellen, was die Athleten angeht, was die Infrastruktur angeht, was IAT und FES angeht. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Wir sind aber auch in einem Sachzusammenhang mit unseren anderen Fachkolleginnen und Fachkollegen unterwegs und wissen, wie schwierig die Haushaltslage ist. Insofern bewerte ich diesen Haushalt, der aufgestellt wurde, schon mal sehr gut. Jetzt kommt es darauf an, so ein bisschen unsere Haushälter, glaube ich, zu überzeugen, mit guten Argumenten nochmal aufzumunitionieren, warum das eine oder andere vielleicht jetzt trotz knapper Haushaltslage noch ein bisschen besser zu machen wäre. Das ist, glaube ich, jetzt die Hausaufgabe, vor der wir insgesamt stehen und gucken, was auch die Bereinigungssitzung noch so mitbringt. Letzten Endes gehe ich erstmal davon aus, dass das Kanzleramt tatsächlich mit dem Haushalt für Sport und Ehrenamt gut arbeiten kann, dass wir jetzt auch die Entscheidung abwarten müssen. Und zu Olympischen Spielen ist, glaube ich, alles gesagt. Insofern vielen Dank.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank, keine Frage. Kommen wir nun zur Kollegin Winklmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Vorsitzender. Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen, heute ist der Abschluss wichtiger Einzelpläne eben für Sport und Ehrenamt und unsere Änderungsanträge von grüner Seite, kann ich nur sagen, ich bitte um Unterstützung. Sie sind genau richtig gesetzt. Und das ist die gute parlamentarische Oppositionsarbeit, die einfach wichtig ist. Und ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen hier als gute Parlamentarierinnen und Parlamentarier ziehen wir an vielen Ecken wirklich an einem Strang. Und wir freuen uns auch, wenn unsere Änderungsanträge auch mit wirken beziehungsweise wir haben uns in der letzten Sitzungswoche schon darüber unterhalten, wir freuen uns auch, dass FES/IAT, hoffen wir doch, diesen Aufwuchs erhalten wird, was wir gehört haben von Seiten der Koalition. Mal abgesehen davon, dass ich doch um Unterstützung unserer Änderungsanträge bitte, hätte ich aber eine Frage, und zwar an die Bundesregierung, und zwar an den Herrn Staatsminister. Für die nicht-olympischen Verbände und Disziplinen steigt der Ansatz 2027 lediglich von 21,3 auf 21,7 Millionen. Gleichzeitig werden aber vier weitere World Games Disziplinen neu in die Bundesförderung mit aufgenommen. Wir stehen vor den World Games 2029 in Karlsruhe. Wir freuen uns wirklich sehr darauf. Aber wie stellt denn die Bundesregierung sicher, nachdem wir auch sehen, dass hier beim Leistungssportpersonal der Ansatz eben gleichbleibend ist, wie stellen Sie sicher, dass Verbände und Disziplinen, das eben nicht zulasten dieser eben geht, dieser geförderten nicht-olympischen Sportarten, wenn hier der Aufwuchs so gering ist und wir aber vier neue haben. Wir brauchen eine starke Förderstruktur für die World Games, für unsere Athletinnen und Athleten. Ich glaube, da widersprechen Sie mir auch nicht. Aber wie stellen wir das sicher, durch mehr Disziplinen, aber im Grunde dann weniger Geld, das gut zu fördern?

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Staatsminister, bitte, Frau Dr. Kibele.

Dr. Babette Kibele (BKAmt): Wenn ich vielleicht kurz übernehmen darf. Ja, erstmal sind die nicht-olympischen Bereiche in den letzten Jahren wahnsinnig aufgewachsen. Wir sind jetzt auf einem sehr hohen Niveau und das können wir nicht stetig weiter erhöhen. Wir sind in einem guten Austausch mit den nicht-olympischen Verbänden und haben jetzt gerade die sogenannten Jahresgespräche, die heißen dann nicht Strukturgespräche, abgeschlossen und sind sehr bemüht für die World Games natürlich das Bestmögliche rauszuholen. Wir haben noch ein bisschen Geld aus der Geschäftsstelle, die es mal geben sollte, wo wir mit allen in Kontakt sind und sagen, wollen wir das nicht lieber in die Sportarten stecken, um genau diese neuen Sportarten, die jetzt gekommen sind, auch vernünftig zu finanzieren. Wir sind mit dem Ansatz der letzten Jahre, der enorm gewachsen ist, zufrieden und sind vor allen Dingen auch die Vertreter des nicht-olympischen Sports zufrieden, mit denen wir regelmäßig sprechen.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. 15 Sekunden geschenkt. Wir kommen zu den Linken, Herr Görke, bitte schön.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Schön, mal zwei Olympiasieger da vorn zu sehen, nebeneinander. Das ist schon sehr beeindruckend. Deshalb bin ich bei dem einen Olympiasieger, beim Staatsminister, der hat bei seinem Amtsantritt gesagt, der Sport habe ihm unheimlich viel gegeben und Sie wollen nun etwas

zurückgeben. Wir waren vorgestern, wie Sie wissen, als Ausschuss da, wo Sie Ihre beeindruckende Karriere in Potsdam hingelegt haben. Wir haben auch gesehen, mit welchen hohen finanziellen Leistungen die Stadt Potsdam, aber auch das Land hier fördert. Ohne, glaube ich, diesen Dreiklang Bund, Länder, Kommunen, wäre auch diese Karriere und die Förderung dieser Spitzenleistung kaum möglich gewesen. Wir haben aber auch einen absurden Sachverhalt da wieder erlebt, dass Bundestrainer nicht tariflich ausfinanziert sind, das heißt, dass sie deutlich weniger als landesfinanzierte Trainer am Standort erhalten. Und das ist nicht nur in Potsdam so, sondern an allen Stützpunkten, die wir in Deutschland haben. Dass selbst der Stützpunktleiter davon ebenfalls betroffen ist, Trainingswissenschaftler werden komplett vom Land finanziert und, und, und. Deshalb komme ich auch zu unserem Antrag oder zu unseren beiden Anträgen. Und der erste ist ein doch komplexer, dass wir sagen, wir wollen erstens, dass es eine überjährige Förderung endlich mal gibt, damit man Planungssicherheit hat. Wir wollen, dass der Haushalt, der Sporthaushalt, und ich will mich überhaupt nicht mit dem Kulturhaushalt hier vergleichen, der in den letzten Jahren eine Viertelmilliarde mehr bekommen hat. Aber wenigstens ein bisschen könnten wir das Schrittmaß einhalten, dass wir hier eine überjährige Förderung erreichen, dass die Tarifstandards für Trainerinnen und Trainer endlich gesichert werden. Das kann wirklich nicht sein. Wir haben ein Bundestariftreuegesetz, in dem wir Leistungen an Dritte nach Tarif bezahlen. Und wir hier bei dem Ausreichen von Zuschüssen an die Sportverbände nach wie vor eben mit einer Pauschalsumme arbeiten, die dazu führt, dass nicht tariflich entlohnt wird. Und deshalb erwarte ich, dass wir das abändern. Und als Serviceopposition kann unser Antrag diesbezüglich auch das, sagen wir mal, vielleicht auch befördern. Und wir fordern hier nichts, sagen wir mal, Utopisches. Wir geben jetzt, ich habe es ja in der ersten Lesung gesagt, 0,065 Prozent zum Gesamthaushalt, das ist die Höhe der Spitzensportförderung, aus. Mit dem Antrag von uns würden wir uns auf 0,1 Prozent hocharbeiten. Aber es wäre möglich, damit das eine oder andere schon mal anzufangen. Insofern freue ich mich über eine Zustimmung. Ich gehe davon aus, dass wir auch beim FES und IAT hier eine Entwicklung feststellen können. Ich bedauere es sehr, dass wir immer erst auf die Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss warten und eigentlich hier so eine Debatte führen, wo die Koalitionsfraktionen keine Anträge stellen und die Opposition sich bemüht. Aber damit muss man wohl leben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Es war eine relativ lange Frage und langes Statement, aber die Zeit ist leider abgelaufen. Möchte jemand antworten? Es ist eher Einbringung der Anträge gewesen. Vielen Dank. Ich schließe TOP 2a und rufe TOP 2b auf.

b) Abschluss Einzelplan 17 (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Der **stellv. Vorsitzende**: TOP 2b ist der Einzelplan 17, Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Als Ressortvertreter steht uns vom Ministerium der Leiter des Referats Außerschulische Kinder- und Jugendbildung, Kultur und Sport, Herr Thomas Bosch zur Verfügung. Die uns übersandte Übersicht der Sportförderung des Ministeriums wurde als Ausschussdrucksache 21(5)135 an alle Mitglieder verteilt. Die Obleute haben sich verständigt, auf eine Einführung durch das Ministerium zu verzichten. Auch hier der Hinweis, Herr Bosch, wenn Sie ausführen möchten, haben Sie jetzt die Möglichkeit. Das ist nicht der Fall. Kommen wir nun wieder zu den Statements der Fraktionen und beginnen wieder mit der Unionsfraktion. Drei Minuten stehen zur Verfügung. Herr Mayer.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte weniger ein Statement abgeben, sondern in erster Linie eine Frage stellen, und zwar was die Entwicklungen bei den Jugendwerken anbelangt. Die machen auch sehr viel im Bereich Völkerverständigung, Jugendaustausch, und im Rahmen dieser Jugendaustauschmaßnahmen passiert auch viel sportliche Betätigung, wird gemeinsam Sport betrieben. Da hat das durchaus auch einen Bezug zu uns, auch nachdem da sehr viel ehrenamtliches Engagement drinsteckt. Ich sehe das schon höchst bedauerlich, dass im Deutsch-Französischen Jugendwerk 300 000 Euro gekürzt werden, im Deutsch-Polnischen Jugendwerk 400 000 Euro. Okay, das Deutsch-Griechische Jugendwerk ist mit 30 000

Euro eh knapp bemessen, bleibt gleich. Ich frage mal ganz offen, warum hier so massive Kürzungen vorgenommen werden. Und verbinde dies natürlich auch damit, Kollegin Winklmann und ich, wir sind beide im Vorstand der Deutsch-Tschechischen Parlamentariergruppe, ich sage mal ganz offen, das wäre so ein Lieblingsprojekt von mir, auch mal parallel zu denen, die es schon gibt, auch ein Deutsch-Tschechisches Jugendwerk zu gründen. Habe mich da auch an die Ministerin bereits gewannt, ob da eine Chance besteht. Man muss gar nicht mit großen Summen beginnen, aber dass man ein kleines Pflänzchen mal setzt, das dann vielleicht noch sprießen kann. Aber ich glaube, es wäre gerade in der heutigen Zeit wichtig, dass wir mit den wichtigen Nachbarn, gerade auch in Osteuropa, gemeinsame Jugendwerke unterhalten. Es gibt auch ein Deutsch-Ungarisches Jugendwerk, vor dem Hintergrund die Frage, wie es mit den Jugendwerken weitergeht, ob hier die Möglichkeit besteht für ein neues Deutsch-Tschechisches Jugendwerk und noch eine weitere Frage, die die Otto Bennecke Stiftung betrifft, den Garantiefonds Hochschule, da wird auch viel im Bereich Aussiedler, Flüchtlinge gemacht. Der soll von 15 Millionen Euro auf null gekürzt werden, der Zuschuss, weshalb?

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Mayer. Herr Bosch, möchten Sie antworten, bitte?

Thomas Bosch (BMBFSFJ): Ja, sehr gern. Vielen Dank, Herr Mayer, für die Frage. Es gibt mir die Gelegenheit an der Stelle, das ist tatsächlich irreführend. Was wir hier gemacht haben, ist in dieser Tabelle, dass wir endlich mal für Transparenz gesorgt haben. Die Ansätze bleiben im Wesentlichen gleich. Das sind Zuschüsse, die jeweils an die Jugendwerke gehen und dann von der anderen Seite, der anderen Landesseite ergänzt werden und dann wird es in Eigenverwaltung bearbeitet. Was wir hier jetzt gemacht haben, sind die sportpolitischen Bezüge rauszuziehen und in der Vergangenheit haben wir immer den Gesamtansatz reingegeben von beiden Ländern. Wenn da jetzt steht in 2026 835, dann bedeutete das, das war Deutschland und Frankreich zusammen mit Blick auf die sportpolitischen Planungen des Jugendwerks. Das war natürlich immer irreführend. Deswegen hat uns das dafür zuständige Referat gebeten, dass wir hier für Transparenz sorgen. Das bedeutet, am Ende des Tages plant das Deutsch-Französische Jugendwerk im Moment mit einem höheren Ansatz. Das Deutsch-Griechische Jugendwerk verdoppelt sogar den Ansatz mit sportpolitischen Bezügen beim Austausch und beim polnischen wird es ein bisschen weniger. Das heißt, wir versuchen diese Tabelle, die in der Vergangenheit eigentlich falsch übermittelt wurde, zu korrigieren.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Bosch. Kommen wir nun zur AfD, Herr Kollege Korell.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir hätten eine Frage zu Punkt 13.6. Dort geht es um die Zuschüsse für die Aufgaben der Politik für ältere, einsame und pflegende Menschen und das Projekt „Fit und verbunden gegen Einsamkeit“. Ist wichtig, gehört aber eigentlich in den Breitensportbereich. Trotzdem unsere Frage, warum die Kürzungen gegenüber 2026 um fast die Hälfte oder, falls die Frage andersrum gestellt werden müsste, warum war der Ansatz für das laufende Jahr 2026 so hoch?

Der **stellv. Vorsitzende**: Danke schön. Herr Bosch, möchten Sie antworten?

Thomas Bosch (BMBFSFJ): Das hat folgende Gründe. Es ist eine Gesamtlaufzeit, auf die Jahre 2025 bis 2027. In 2027 soll das Projekt zu Ende geführt werden, deswegen war ein Peak in der Mitte, also in 2026. Und es gibt zusätzlich die Geschichte, dass das BMG mitfinanziert an der Stelle. Das BMG hat 2026 weniger Mittel zur Verfügung gestellt, weshalb das BMBFSFJ diese Mittel ausgeglichen hat in 2026 und in 2027 gleicht sich das wieder entsprechend aus. Insofern ist der Ansatz in 2027 niedriger.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? Nein. Kommen wir zur SPD.

Abg. **Jürgen Coße** (SPD): Ich habe da jetzt mal eine Nachfrage an Herrn Bosch. Habe ich das jetzt richtig verstanden, das bleibt vom Ansatz her alles gleich? Dann will ich umgekehrt fragen. Wo gibt es denn Veränderungen, die aus Ihrer Sicht sogar schmerzhaft sind? Weil die Haushaltslage ist, wie sie ist.

Thomas Bosch (BMBFSFJ): Sie meinen insgesamt? In der Tat haben wir in unserem Bereich, wichtig ist immer, wir machen Jugendbegegnung, Herr Mayer hat darauf hingewiesen, wir machen keine originäre Sportförderung, sondern wir machen

Kinder- und Jugendarbeit im Sport, das heißt der Bereich, der damit am Ende des Tages zu tun hat, Austausch, Begegnung, das ist, glaube ich, immer noch mal wichtig vorneweg zu stellen. Wir haben aber in diesen Bereichen, die uns anbelangen, keine Kürzungen. Und was noch offen ist, im Moment, haben wir im Programm Demokratie Leben die Situation, dass da eine Interessensbekundung stattfindet, das heißt, hier werden im Moment die Anträge begutachtet. Das wird am Ende, weil die Ministerin sich ja auch explizit dazu ausgesprochen hat, stärker mit Regelstrukturen zusammenarbeiten, auch dazu führen, dass wir auch im Bereich des Sports an der Stelle mehr Mittel haben werden, das können wir aber im Moment noch gar nicht darstellen. Das heißt, insgesamt haben wir für diesen Bereich, was sportpolitische oder Kinder- und Jugendarbeit im Sport anbelangt, nicht gekürzt.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank, gibt es weitere Fragen dazu?

Abg. **Jürgen Coße** (SPD): Das heißt aber, es besteht trotzdem die Gefahr, dass dann, weil Sie das Demokratie Leben gesagt haben, dass da eine Veränderung herbeigeführt wird.

Thomas Bosch (BMBFSFJ): Sie meinen bei Demokratie Leben? Das wissen wir halt im Moment nicht. Es hängt ein bisschen auch davon ab, wie viele Anträge mit sportpolitischem Bezug bei Demokratie Leben im Interessensbekundungsverfahren eingegangen sind. Ich glaube, weil in der Vergangenheit waren das immer relativ wenig, dass das mutmaßlich in der nächsten Förderperiode mehr werden könnten.

Der **stellv. Vorsitzende**: Gibt es weitere Fragen? Nein, vielen Dank. Kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen, Herr Limburg hat sich gerade schon gemeldet im Voraus. Bitte, jetzt.

Abg. **Helge Limburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meistens bin ich im Rechtsausschuss und da melden wir uns einfach, geht es nach Wortmeldung. Aber meine sportpolitische Sprecherin hat mich gerade schon aufgeklärt über die Gepflogenheiten hier. Vielen Dank für Ihr Kommen. Ich möchte mal, das ist gerade hier im Sportausschuss auch üblich, auch mit was, glaube ich, von uns allen geteilten Positiven weitermachen, und zwar mit der Arbeit der Fanprojekte. Das nochmal für alle, die da nicht so ganz drin sind, zur Erinnerung rufen, Fanprojekte haben nichts im engeren Sinne mit Vereinen oder Fanclubs zu tun, sondern sind Stellen der sozialen Kinder- und Jugendarbeit und leisten aber gleichzeitig gerade im Bereich Sportprävention, aber auch sonst Entwicklung zu demokratisch mündigen jungen Erwachsenen, glaube ich, eine unschätzbare Arbeit, weil sie eben junge Menschen da abholen, wo sie sich bewegen, im Kontext eben auch von Fußballvereinen. Und Fanprojekte sind etwas, für das Deutschland auch in ganz Europa, das kann man, glaube ich, schon so sagen, mit bewundert wird, ein Stück weit. Gibt auch anderswo Ansätze für Fansozialarbeit, aber nicht in der strukturierten, dauerhaften Form wie in Deutschland. Und insofern ausdrücklich begrüßen wir die vorgesehenen Erhöhungen für die Koordinierungsstelle der Fanprojekte auf 380 000 Euro. Das würdigt diese wichtige Arbeit, das ist auch etwas, was wir Grüne in den vergangenen Jahren immer gefordert haben. Insofern schön, dass es diese Erhöhung gibt. Gleichzeitig ist es für die Fanprojekte natürlich elementar, rauszukommen aus der Projektfinanzierung, weil wir alle, glaube ich, ein Interesse daran haben, dass es die Fanprojekte dauerhaft gibt. Das ist nicht realistisch, zu sagen, wir machen die gute Sozialarbeit ohne die Koordinierungsstelle der Fanprojekte. Insofern die Frage, welche Bemühungen gibt es seitens Ihres Hauses, den Fanprojekten eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage jenseits dieser immer dreijährig befristeten Projektfinanzierung zu geben?

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Bosch, bitte.

Thomas Bosch (BMBFSFJ): Herzlichen Dank für die Frage. In der Tat sind wir bei der KOS immer in diesem dreijährigen Projektmodell und das vom nationalen Konzept kommend seit 1993. Das heißt, es ist schon eine relativ lange Wegstrecke. Es gibt Gespräche, es gibt Bemühungen, auch im Wesentlichen natürlich mit den anderen Geldgebern, das ist die Bundesliga und das ist der DFB, die in der Vergangenheit auch eine andere Position noch dazu hatten, insgesamt unter den Geldgebern zu einer Verstetigung zu kommen. Ob das jetzt in der nächsten Förderperiode schon gelingen wird, weiß ich noch nicht, aber das wird jetzt auch ein bisschen dieser Herbst zeigen. Aber spätestens die Bestrebungen dann für die nächste, die darauffolgende Förderperiode, das entsprechend

umzusetzen. Aber wir sind da im Gespräch, was das anbelangt.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen?

Abg. **Helge Limburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Ehrlich gesagt nicht. Das war eine vergleichbar klare Antwort. Vielen Dank dafür.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Görke, bitte.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Ich möchte auch mit dem Positiven beginnen. Auch wir begrüßen außerordentlich, dass die Koordinierungsstelle Fanprojekte einen Aufwuchs erfährt und das ist absolut richtig und zeigt auch, dass die Bundesregierung die Bedeutung dieser sozialen Arbeit eben auch verinnerlicht hat, auch dass die ALBA-Stiftung mehr Geld bekommt. Das ist eine sehr gute Sache, denn auch die machen gerade im Bereich Kinder- und Jugendarbeit eine hervorragende Arbeit. So, das war es dann aber auch schon, weil eben in dem Einzelplan und was damit im Sport eben auch implementiert wird, an vielen Stellen gekürzt wird und wo nicht gekürzt wird, ist durch fehlenden Aufwuchs und Inflationsausgleich am Ende natürlich weniger Geld da. Vor allem stößt uns auf, dass bei Demokratie Leben hier eine Null steht. Das ist ein fatales Signal. Sportvereine, die eigentlich auch die Schule der Demokratie sind hier, sie wissen, was da erlernt wird, junge Menschen lernen gemeinsam Entscheidungsfindung, Partizipation und das ist im besten Sinne des Wortes eben auch Demokratiebildung und das hier massiv eben gekürzt und auf null gestellt wird, ist eine grundfalsche Botschaft für den Sport und auch für die Vereine. Zum Abschluss noch eine Frage an die Bundesregierung im Kapitel 1703 im Titel 68424 da gibt es eine Projektliste und da gibt es auch ein paar Projekte, die dem Sport zugeordnet sind, und zwar die mit der Nummer 8325 und 8487 und da bei beiden steht noch im Gegensatz zu den anderen Listenaufführungen kein Träger und deshalb würde ich gern fragen wollen, anhand welcher Kriterien wird jetzt die Bundesregierung diese Träger auswählen und wann wird das geschehen? Wenn Sie das auch vor dem Hintergrund des Zeitbudgets jetzt nicht ausführen können, könnte ich auch mit einer schriftlichen Nachreichung leben. Vielen Dank.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Möchten Sie antworten oder schriftlich?

Thomas Bosch (BMBFSFJ): Ich würde zum zweiten Punkt tatsächlich gern schriftlich antworten, ich würde aber gerne das Missverständnis nochmal ausräumen mit Blick auf Demokratie leben. Was ich gerade versucht habe, darzustellen, war, es steht hier im Moment noch eine Null drin, deswegen, weil das Programm neu aufgestellt wird und die Interessensbekundungen im Moment laufen. Das heißt, die Plangröße wird sich später danach richten, wie viele Projekte mit sportpolitischem Bezug in der nächsten Förderperiode realisiert werden und ich gehe davon aus, dass das am Ende mehr sein wird, nur wäre eine Zahl hier reinzuschreiben völlig unrealistisch, mit der hätten Sie nichts anfangen können. Das war das, was ich vorher versucht habe, einmal darzustellen, denn im Moment werden die Anträge begutachtet und dann wird es sozusagen einen Projektantrag geben und wenn wir in der nächsten Runde zusammen sind, werden wir sehen, dass die Zahl höher sein wird. Es wird nicht auf null gefahren, im Gegenteil.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Damit schließe ich TOP 2b und rufe TOP 2c auf

c) Abschluss Einzelplan 25 (Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen)

Der **stellv. Vorsitzende**: Das ist der Abschluss Einzelplan 25, Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Als Ressortvertreterin stehen uns die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Poschmann und der Referatsleiter Herr Metje zur Verfügung. Das Ministerium hat uns eine Übersicht in Ausschussdrucksache 21(5)159 übersandt. Zum Einzelplan 25 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor auf Ausschussdrucksache 21(5)142. Die Obleute haben sich wiederum verständigt, auf eine Einführung zu verzichten. Ich frage das Ministerium trotzdem, Frau Poschmann, Herr Metje, möchten Sie einführen? Nein. Kommen wir gleich zu den Fraktionen und Änderungsanträgen der Fraktionen. Die Union beginnt mit Kollegen Mayer. Bitte schön.

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich möchte mich auch auf Fragen beschränken. Was mir auffiel, dass im Einzeltitel Einzelplan 25, für den Sport zuständi-

gen Einzeltitel massiv gekürzt wird. Ich kann mir das jetzt auch nur so erklären, ähnlich wie jetzt auch im Bereich des vorherigen Tagesordnungspunktes, dass es hier zu Verschiebungen kam. Aber wenn dem so wäre, gäbe es eine Kürzung für Sport und Ehrenamt insgesamt von 208 Millionen Euro auf 2,2 Millionen Euro und zum Beispiel auch bei Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung von 25,9 Millionen Euro auf 2,2 Millionen Euro. Ich würde Sie, Frau Staatssekretärin, einfach darum bitten, das vielleicht aufzuklären oder zu erläutern.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Poschmann, Herr Metje.

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Herr Metje kann das gerne noch ergänzen, aber das sind alles auslaufende Programme. Deshalb ist da kein frisches Geld mehr drin und deshalb wird das natürlich mit den Jahren dann weniger.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Metje, möchten Sie ergänzen?

Matthias Metje (BMWSB): Vielleicht noch konkretisieren. Der größte Titel ist das Bundesprogramm SJK, Sport, Jugend und Kultur. Das war praktisch bis 2021 hier im Einzelplan 25 veranschlagt. Es werden mehrjährige Projekte gefördert und da ist jetzt die Ausfinanzierung ausgelaufen, sodass der jetzt eben auf null runtergeht und der wird ersetzt durch das Bundesprogramm SKS, das nicht im Einzelplan 25, sondern im Sondervermögen SVIKG veranschlagt ist, im Wirtschaftsplan, und so haben sich die Ausgaben, wenn man so will, dahingehend in das Sondervermögen dann verlagert.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen?

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Vielen Dank. Und zu dem Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung? Warum wird hier so massiv gekürzt?

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Da gilt das Gleiche. Die sind auch in der Ausfinanzierung.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Weitere Fragen dazu? Nein, von der Union nicht. Kommen wir zur AfD-Fraktion und Herrn Kollegen Korell.

Abg. **Thomas Korell** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ein Teil wurde schon durch Herrn Mayer beantwortet oder durch die Fragen von Herrn Mayer. Wir hätten auch noch eine Frage zu der Städtebauförderung, und zwar tauchen für 2027 immer noch diese 2,2 Millionen auf an dieser Stelle. Ist der Etat in dem Titel in der Höhe vergleichbar mit dem vom vergangenen Jahr? Sie sagten, dass es jetzt ausläuft. So richtig haben wir da in dem Kapitel unter dem Titel noch nichts gefunden.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin oder Herr Metje.

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Die Städtebauförderung läuft ab 2018. Das sind alles Modellvorhaben und Modellvorhaben laufen halt irgendwann aus und wir hatten 221,8 Millionen zu Anfang Bundesmittel da drin und da sind halt mehrere Gemeinden, die jetzt solche Modellvorhaben durchgeführt haben, manche abgeschlossen. Aber diese Mittel sind jetzt praktisch auch auslaufend, aber gebunden. Also kann man jetzt nichts mit machen neu. Das ist jetzt der Abschluss der Projekte.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen dazu? Nein. Kommen wir zur SPD-Fraktion. Gibt es Fragen?

Abg. **Jürgen Coße** (SPD): Nein, ich habe nur eine Anregung vielleicht. Da gäbe es die Möglichkeit, das mit so einem Kreuz zu kennzeichnen, dass das so ist, wie Sie beschrieben haben, weil dann erübrigen sich die Nachfragen. Da ich aus der kommunalen Praxis komme, bei uns würde das im Haushaltsplan tatsächlich gemacht, dass so ein Hinweis da ist, woran das liegt. Das ist eine Verschiebung im Einzelplan in einen anderen Einzelplan.

Der **stellv. Vorsitzende**: Wollen Sie kommentieren? Gibt es weitere Fragen oder Anregungen noch aus der Kommunalpolitik oder aus der Bundespolitik? Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Winklmann, bitte.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Vorsitzender. Wir haben uns heute schon sehr viel unterhalten und ausgetauscht in unserem ersten Tagesordnungspunkt zur Sanierung der Sportstätten, der Infrastruktur. Jetzt hätte ich an die Frau Staatssekretärin eine Frage nochmal. Im Klima- und Transformationsfonds sind 2027 rund 215 Millionen Euro für die Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur

vorgesehen. Sie haben uns gerade schon mal aufgelistet, wie das aufgeteilt ist in große Städte, mittlere Städte, kleinere Bereiche, ländlicher Raum. Aber wie hoch ist denn innerhalb dieses gemeinsamen Ansatzes jetzt voraussichtlich der Anteil für Sportstätten und nach welchen Kriterien konkurrieren Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen eigentlich um diese Mittel? Wird das Ministerium transparent ausweisen, wie viel tatsächlich jetzt von diesen 215 Millionen aus dem Klima- und Transformationsfonds in Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbäder fließen? Das hätten wir gerne mal gewusst und würden wir gerne auch mal vergleichen, wenn es da Zahlen dazu gibt.

Der **stellv. Vorsitzende**: Danke schön für die Frage. Frau Staatssekretärin, bitte.

PStSin **Sabine Poschmann** (BMWSB): Das sind rund 85 Prozent, die in den Sport fallen. Das war immer schon so, dass wir gesagt haben, überwiegend Sportstätten werden finanziert. Aber jetzt im neuen Programm werden nur noch Sportstätten finanziert. Aber da waren es 85 Prozent.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen, Anregungen? Nein, ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke und Herrn Görke, bitte schön.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Erstmal an die Parlamentarische Staatssekretärin. Es ist schön, dass Sie wieder im Sportausschuss sind und dass Sie auch gekommen sind und Sie auch Rede und Antwort stehen. Das ist sehr wohlwollend. Viele Punkte sind jetzt durch Fragestellungen meiner Kollegen schon an Ihr Haus gerichtet worden. Deshalb will ich mich einfach nur konzentrieren auf das, was wir als Antrag formuliert haben. Wir gehen zurück auf das, was mal zumindest auch in der jetzigen Koalition in den Vorsondierungen mal in Erwägung gezogen worden ist, dass man im Einzelplan 25 eine Milliarde Euro pro Jahr vor dem Hintergrund, was wir heute vom Städte- und Gemeindebund und Landkreistag und von der kommunalen Familie gehört haben, den Investitionsstau aufzulösen. Dass wir das natürlich, wie auch schon im letzten Jahr, in diesem Jahr auch wieder beantragen werden. Wir auch noch mal darauf dringen, dass das auch überjährig jetzt zum Ansatz gebracht wird, um diesen Investitionsstau, wie auch von den Anzuhörenden vorhin gefordert, endlich auch substanziell abzubauen. Das ist das, was wir als Antrag formuliert haben und damit würde ich das auch belassen. Vielen Dank.

Der **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Also keine Frage, es war nur ein Statement. Damit schließe ich TOP 2c und rufe TOP 2d auf.

d) Abschluss Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung)

Der **stellv. Vorsitzende**: Das ist der Abschluss Einzelplan 60, Allgemeine Finanzverwaltung. Und als Ressortvertreter stehen uns weiterhin die Vertreter vom Bundeskanzleramt und die Vertreter vom Bundesministerium für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung zur Verfügung. Die Obleute haben sich auch hier darauf geeinigt, auf eine Einführung zu verzichten. Falls jemand trotzdem einbringen möchte, das ist nicht der Fall. Kommen wir wieder zu den Fragerunden und Statements und beginnen wieder mit der Unionsfraktion. Die Unionsfraktion verzichtet. Kommen wir direkt zur AfD-Fraktion, die verzichtet auch, die SPD-Fraktion verzichtet auch, Bündnis 90/Die Grünen verzichtet auch und die Linken verzichten auch. Damit haben wir die Einzelpläne, die wir heute beraten wollen, abgeschlossen und kommen nun zu den Änderungsanträgen und wir schließen die Beratung des Einzelplans 04, Bundeskanzleramt ab und kommen zu den 24 Änderungsanträgen, die uns vorliegen. Wir beginnen mit den 16 AfD-Anträgen und ich rufe die Änderungsanträge zur Abstimmung auf.

Änderungsantrag 21(5)143. Hier geht es um Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Athletinnen und Athleten mit Behinderung im Spitzensport. Wer stimmt dafür? Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Die Unionsfraktion, SPD-Fraktion, die GRÜNEN und Die Linke. Damit entfallen die Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)143 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)144 auf, hier geht es um Projektförderung für

IAT und FES. Wer stimmt dafür? Das ist wiederum die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltung entfällt. Der Ausschuss lehnt den Antrag ab.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)144 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)145 auf. Hier geht es um periodische wiederkehrende Sportveranstaltung. Wer stimmt dem Antrag zu? Das ist wiederum die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltung entfällt. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)145 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)146 auf. Hier geht es um das Bundesinstitut für Sportwissenschaften. Wer stimmt dafür? Das ist wiederum die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle übrigen Fraktionen. Der Ausschuss hat damit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)146 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)147 auf. Hier geht es um das Zentrum Safe Sport. Wer stimmt dafür? Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle übrigen Fraktionen. Es gibt keine Enthaltung. Der Ausschuss hat damit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)147 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)148 auf. Hier geht es um zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle übrigen Fraktionen. Es gibt keine Enthaltung. Der Ausschuss hat damit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)148 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)149 auf. Hier geht es um Zuschuss an die Weltantidopingagentur. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltung entfällt. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)149 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)150 auf. Hier geht es um das Präventionsprogramm gegen Extremismus und Antisemitismus im Sport. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind wiederum alle anderen Fraktionen. Es gibt keine Enthaltung. Der Ausschuss hat damit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)150 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)151 auf. Hier geht es um einen Sonderfonds für Mütter im Leistungssport. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des

Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)151 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)152 auf. Hier geht es um Mittel für die Sportagentur. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen entfallen. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)152 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)153 auf. Hier geht es um Mittel für die Sportstätten im Hochleistungssport. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)153 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)154 auf. Hier geht es um das Modellvorhaben Deutschland lernt Schwimmen. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen entfallen. Der Ausschuss hat damit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)154 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)155 auf. Hier geht es um den Zuschuss an die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat damit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)155 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)156 auf. Hier geht es um den Zuschuss an die Stiftung Mitarbeit. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen entfallen. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)156 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)157 auf. Hier geht es um Mittel für die Forschung, Untersuchung und Ähnliches. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen entfallen. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)157 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)158 auf. Hier geht es um Mittel für sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 21(5)158 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Wir kommen nun zu den sechs Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)131 auf. Hier geht es um Mittel für IAT und FES. Wer stimmt dafür? Das ist die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Alle anderen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)131 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)132 auf. Hier geht es um Mittel für das Bundesprogramm gegen Extremismus und Menschenfeindlichkeit im Sport. Wer stimmt dafür? Die Grünen und die Linken. Wer stimmt dagegen? Alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)132 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)136 auf. Hier geht es um Mittel für das Modellvorhaben und zentrale Maßnahmen zur Stärkung des freiwilligen Engagements. Wer stimmt dafür? Die Grünen und die Linken. Wer stimmt dagegen? Fraktionen AfD, SPD und Union. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)136 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)137 auf. Hier geht es um Mittel für das DJK-Bundessportfest. Wer stimmt dafür? Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Alle anderen Fraktionen. Enthaltungen entfallen. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)137 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)138 auf. Hier geht es um Mittel zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Athletinnen und Athleten mit Behinderung. Wer stimmt dafür? Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)138 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)139 auf. Hier geht es um Mittel für die Sportstätten im Hochleistungssport. Wer stimmt dafür? Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)139 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Damit kommen wir zu zwei Änderungsanträgen der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 04. Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)140 auf. Hier geht es um die Erhöhung der Mittel für Sport beim Staatsminister für Sport und

Ehrenamt um 10 Prozent. Wer stimmt dafür? Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? Alle anderen Fraktionen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke auf Ausschussdrucksache 21(5)140 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)141 auf. Hier geht es um die Erhöhung der Mittel für IAT und FES. Wer stimmt dafür? Die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das sind AfD, SPD und Union. Wer enthält sich? Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke auf Ausschussdrucksache 21(5)141 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der **stellv. Vorsitzende**: Wir haben jetzt alle Änderungsanträge abgestimmt. Damit rufe ich die Abstimmung zum Einzelplan 04 auf. Wer kann diesem Einzelplan zustimmen? Die Union und die SPD. Wer stimmt dagegen? Die AfD, Bündnis 90/die Grünen und Die Linke. Keine Enthaltung. Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt hat dem Entwurf somit zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushaltsausschuss Annahme des Einzelplans 04 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Wir schließen die Beratungen über den Einzelplan 17 Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ab und kommen zur Abstimmung. Wer kann diesem Einzelplan zustimmen? Die Union und die SPD. Wer stimmt dagegen? Die AfD, Bündnis 90/die Grünen und Die Linke. Keine Enthaltung. Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt hat damit dem Entwurf zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushaltsausschuss Annahme des Einzelplans 17 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Wir schließen die Beratungen über den Einzelplan 25 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ab und kommen zunächst zur Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Ausschussdrucksache 21(5)142, in dem es um die Erhöhung von Mittel für Sanierung kommunaler Sporteinrichtungen geht. Wer stimmt diesem Antrag zu? Das ist Die Linke. Wer stimmt dagegen? Die AfD, SPD und Union. Wer enthält sich? Bündnis 90/die Grünen. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke auf Ausschussdrucksache 21(5)142 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der **stellv. Vorsitzende**: Damit rufe ich die Abstimmung zum Einzelplan 25 auf. Wer stimmt dem Einzelplan 25 zu? Die Unionsfraktion und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? AfD, Bündnis 90/die Grünen und Die Linke. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat beschlossen, dem Entwurf zuzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushaltsausschuss Annahme des Einzelplans 25 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Wir schließen nun die Beratungen über den Einzelplan 60 Allgemeine Finanzverwaltung ab. Wer stimmt dafür? Union und SPD. Wer stimmt dagegen? AfD, Bündnis 90/die Grünen und Die Linke. Keine Enthaltung. Der Ausschuss hat somit dem Entwurf zugestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushaltsausschuss Annahme des Einzelplans 60 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes. Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe Tagesordnungspunkt 3 auf.

Tagesordnungspunkt 3

Unterrichtung durch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag

Jahresbericht 2026
Der lange Schatten der SED-Diktatur.
Die Bewältigung der Folgen des staatlichen Unrechts in der DDR
als Gesellschaft gemeinsam gestalten.

BT-Drucksache 21/6840

Der **stellv. Vorsitzende**: Tagesordnungspunkt 3 ist die Unterrichtung durch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag, der Jahresbericht 2026, „Der lange Schatten der DDR-Diktatur. Die Bewältigung der Folgen des staatlichen Unrechts in der DDR als Gesellschaft gemeinsam gestalten“ auf Bundestagsdrucksache 21/6840. Der federführende Rechtsausschuss hat ein mitberatendes Votum angefordert. Die Obleute haben sich auf Kenntnisnahme ohne Debatte geeinigt. Gibt es da Widerspruch? Gibt es nicht. Damit ist die Unterrichtung zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf BT-Drucksache 21/6840 zur Kenntnis.

Ich schließe TOP 3 und komme zu TOP 4.

Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

16. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik

BT-Drucksache 20/14480

Der **stellv. Vorsitzende**: TOP 4 ist die Unterrichtung der Bundesregierung, 16. Bericht der Bundesregierung über Menschenrechtspolitik auf Bundestagsdrucksache 20/14480 Der federführende Menschenrechtsausschuss hat das mitberatende Votum angefordert. Zur Bundestagsdrucksache wurden auf Ausschussdrucksache 21(17)26 ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie auf Ausschussdrucksache 21(17)27 ein Entschließungsantrag der Unionsfraktion und SPD-Fraktion verteilt. Die Obleute haben sich auf Kenntnisnahme ohne Debatte geeinigt. Gibt es da Widerspruch? Nein. Damit ist auch diese Unterrichtung zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf BT-Drucksache 20/14480 zur Kenntnis.

Der **stellv. Vorsitzende**: Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(17) 26. Wer stimmt dafür? Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Union, SPD und AfD stimmen dagegen. Keine Enthaltung. Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt hat damit den Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss Ablehnung des Entschließungsantrages auf Ausschussdrucksache 21(17)26 mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD.

Der **stellv. Vorsitzende**: Damit kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD auf Ausschussdrucksache 21(17)27. Wer stimmt dafür? Das sind Union und SPD. Wer stimmt dagegen? Das sind AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Keine Enthaltung. Damit hat der Ausschuss für Sport und Ehrenamt den Antrag angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Ausschuss Annahme des Entschließungsantrages auf Ausschussdrucksache 21(17)27 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke.

Der **stellv. Vorsitzende**: Ich schließe TOP 4 und komme zu TOP 5.

Tagesordnungspunkt 5

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

BT-Drucksache 21/7080

Der **stellv. Vorsitzende**: TOP 5 ist die Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarates im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024 auf Bundestagsdrucksache 21/7080. Der federführende Auswärtige Ausschuss hat ein mitberatendes Votum angefordert. Die Obleute haben sich auf

Kenntnisnahme ohne Debatte geeinigt. Gibt es dazu Widerspruch? Sehe ich nicht. Damit ist die Unterrichtung zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung auf Bundestagsdrucksache 21/7080 zur Kenntnis.

Damit schließe ich TOP 5 und rufe zu TOP 6 auf.

Tagesordnungspunkt 6

Verschiedenes

Der **stellv. Vorsitzende**: TOP 6 ist Verschiedenes. Gibt es dazu Wortmeldungen? Sehe ich nicht. Damit möchte ich ankündigen, dass die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses am 7. Oktober 2026 stattfindet um 14:30 Uhr. Und da am kommenden Samstag im Baden-Baden der DOSB entscheidet, welche Stadt bzw. Region in Deutschland sich um die Olympischen und Paralympischen Spiele bewerben wird, werden wir uns am 7. Oktober genau mit diesem Thema und sich dem daran anschließenden Prozess beschäftigen. Dazu werden wir den DOSB, den Deutschen Behindertensportverband und den nationalen Bewerber zu unserer Sitzung einladen. Darüber hinaus haben wir die Einzelpläne 06 BMI, 08 BMF und 14 BMVg für das Haushaltsjahr zu beraten. Ich schließe die 30. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Woche und eine gute Abstimmung am Wochenende. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 16.36 Uhr

Aydan Özoğuz, MdB
Vorsitzende